Sonntag, 12. November 1922. | Einzelnummer 50 Mark. | 51. Jahrgang. Nr. 257.

Bezugspreis monatlich M
in der Geschäftsstelle 700.—
in den Ausgabestellen 750.—
durch Zeitungsboten 800.—
am Postamt .... 880.—
ins Ausland 200 deutsche M.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ..... 40.— M. Reklameteil. . 140.— M.
Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 15.— d. M. „ Reklameteil 50.— d. M.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

16 Senatswahl am 12. November! Deutsche in Stadt und Land stimmen für Liste 16

Die Nichtpolen im polnischen Parlament.

„Die fremden Elemente im Sejm" überschreibt der „Kurjer Poznański" den Leitaufsatz seiner Nummer 258 (Freitag den 10. November), der mit einer Zusammenstellung der Ergebnisse der Sejmwahlen beginnt und einige „nationaldemokratische" Betrachtungen daran knüpft.

Der „Kurjer" schreibt:

„In dieser Zusammenstellung muß jeden Polen vor allen Dingen die große Zahl der Vertreter fremder Völker in Erstaunen setzen. Die Listen, durch die diese Vertreter in den Sejm gekommen sind, sind die Listen 16 (Minderheitenblock), 17 (Zionisten), 20 (Prifucki-Gruppe) und 24 (Ukrainer). Die Liste 16 hat 53 Sitze errungen, auf die Liste 17 fielen 14 Sitze, auf die Liste 20 ein Sitz und auf die Liste 24 fünf Sitze. Das sind zusammen 73 Sitze. Dazu kommen die nach der Staatsliste gewählten Vertreter nichtpolnischer Gruppen. Im ganzen werden also in dem neuen Sejm mehr als 100 solche Vertreter sein, d. h. sie werden fast ein Viertel des ganzen Sejm bilden.

Bis jetzt betrug die Zahl der Vertreter nichtpolnischer Völker (der Deutschen und der Juden) im Sejm 17. Der Vergleich der beiden Zahlen beleuchtet die nach den Wahlen entstandene neue Lage.

Wenn der Sejm eine geschlossene und entschlossene Mehrheit besäße, so würde das Vorhandensein eines so starken nichtpolnischen Bestandteils nicht gefährlich sein. Aber eine solche Mehrheit wird der Sejm nicht besitzen.

Die sogenannte Mittelpartei hat eine völlige Niederlage erlitten. Die Stadtbürgergruppe hat in ganz Polen nicht einen einzigen Vertreter durchgebracht. Die anderen kleinen Gruppen (Stapiński, Skulski usw.) sind ganz zusammengeschrumpft. Infolgedessen wird der Rechten (dem christlichen Verband der nationalen Einheit) eine Linke gegenüberstehen, die sich aus den Sozialisten, der Wyzwolenie-Gruppe und der Nationalen Arbeiterpartei zusammensetzt, sowie die dieser Linken nahestehende Witospartei.

Nach den Bezirkslisten sind 299 Abgeordnete polnischer Nationalität in den Sejm gewählt worden. Von ihnen gehören dem christlichen Verband der nationalen Einheit 139 an, der Rechten zusammen mit der Skulski-Gruppe 146, — das ist beinahe die Hälfte. Zählt man dazu die auf die Staatsliste entfallenden Sitze, dann wird es die Rechte zusammen mit der Skulski-Gruppe auf etwas mehr als die Hälfte aller polnischen Sitze bringen.

Wird die Witos-Gruppe sich der Rechten nicht anschließen, dann wird der Block der nationalen Minderheiten die entscheidende Stimme haben. Dieser Block kann, wenn er nicht zerfällt, in allen Fällen die Entscheidung im künftigen Sejm in der Hand haben.

Dieser Zustand ist, vom polnischen Standpunkt aus gesehen, unmöglich. Das polnische Volk muß im eigenen Lande Herr sein. Polen muß, entsprechend der jetzt in der ganzen Welt herrschenden Tendenz, den Polen gehören. Der polnische Staat kann nicht eine Art Genossenschaft sein, deren Besitzer sich zu einem Viertel aus Juden und Deutschen zusammensetzen. Wir können es nicht zulassen, daß Polen sich in ein Judäa-Polen verwandle.

Die ungeheuer große Zahl von Vertretern fremder Völker ist die wichtigste Tatsache. Sie muß jeden Polen, der das Ergebnis der Wahlen prüft, überraschen. Aus dieser Tatsache muß der polnische Politiker die entsprechenden Folgerungen ziehen, denn ein solcher Zustand ist, wie wir schon sagten, nicht aufrechtzuerhalten. Legt man die Entscheidung über das Schicksal des polnischen Staates in die Hände fremder Nationen, so begeht man damit eine Handlung, die in gerader Linie zur Auflösung dieses Staates führen.

Es gibt nur zwei Wege, die in diesem Falle eingeschlagen werden können. Entweder die Linke zerfällt und die nationalgesinnten Elemente in ihr stellen sich auf die Seite der Rechten, — dann wird das Steuer des polnischen Staatsschiffes in polnischer Hand bleiben können. Oder aber die Linke geht weiter den Weg, den sie während der Wahlen eingeschlagen hat: Dann wird sie mit den Juden und mit den Deutschen einen Pakt schließen müssen, und mit ihren Stimmen wird Josef Piłsudski zum Präsidenten der Republik gewählt werden. Aus dem Schoß der Linken und dem Schoß der nationalen Minderheiten wird die Regierung entstehen.

Sollte es aber zu dieser letzten Eventualität kommen, dann würden die Polen in Polen aufhören, Herren zu sein. Unser Staat würde gemeinsamer polnisch-jüdisch-deutscher Besitz werden. Ein solcher Staat aber in der geographischen Lage, in der wir uns befinden, wird sich nicht halten können. Früher oder später wird er der Auflösung verfallen.

Polen steht vor der Frage: Sein oder Nichtsein?

Sollte der nationale Instinkt und der nationale Gedanke in dem jetzt gewählten Sejm nicht obsiegen, sollte aus diesem Sejm eine auf die polnisch-jüdisch-deutsche Mehrheit gestützte Regierung hervorgehen, so wäre das ein Beweis dafür, daß unsere Verfassung grundsätzliche Fehler hat. Wir stönden dann vor dem Dilemma: Zerfall des Staates oder Änderung der Verfassung. Alle Parteiprogramme, alle Berechnungen der Einflüsse einzelner Parteien müssen jetzt — so scheint uns — zurücktreten vor der Haupttatsache, die wir jetzt, nach den Sejmwahlen, vor uns sehen —, der Tatsache der ungeheuren Zahl nichtpolnischer Elemente im Sejm. Zusammen mit dem Fehlen einer geschlossenen und entschlossenen polnischen Mehrheit enthüllt diese Tatsache tiefgewurzelte Übelstände in unserem Staate. Von der Beseitigung dieser Übelstände hängt die Zukunft Polens ab."

Diese Auslassung stellt die Dinge geradezu auf den Kopf.

Es ist nicht wahr, daß der „Zug der Zeit" die Verwirklichung des Satzes „Polen den Polen" verlangt. Wäre das der Fall — in dem Sinne, in dem der „Kurjer Poznański" diese Worte anwendet —, dann wäre es sinnlos gewesen, den Minderheitenschutzvertrag anzuerkennen, wie die polnische Regierung das getan hat, und die jetzt geltende Verfassung der Republik Polen anzunehmen, wie es der erste polnische Sejm getan hat. Der Zug der Zeit, als dessen sichtbarster Ausdruck der Völkerbund ins Leben getreten ist, verlangt, daß nicht nur die Nation, die die Mehrheit in einem Staate bildet, die Entscheidung in den Händen hat, sondern auch die Nationen, die jener Mehrheit als Minderheiten gegenüberstehen, und daß vor allen Dingen über das Los dieser Minderheiten keine Entscheidungen getroffen werden, ohne daß sie, die Minderheiten, vorher gefragt werden.

Und es ist zweifellos nicht wahr, daß das Vorhandensein einer so starken Gruppe nichtpolnischer Stimmen im Sejm, wie sie jetzt der Minderheitenblock darstellen wird, bei der geographischen Lage Polens die Auflösung des polnischen Staates bedeuten wird . . . Vielmehr muß man sagen, daß dieser künftige Sejm, in dem die nationalen Minderheiten ungefähr ein Viertel der Sitze inne haben werden, erst annähernd eine richtige und der Wirklichkeit entsprechende Vertretung der Bevölkerung Polens darstellen wird. Der erste Sejm konnte bekanntlich als eine solche der wirklichen Sachlage entsprechende Vertretung der Bevölkerung nicht angesehen werden. Auch der künftige Sejm wird, wie gesagt, erst eine annähernd richtige Vertretung darstellen, denn in Wirklichkeit bilden ja die Minderheiten ungefähr ein Drittel der Gesamtbevölkerung Polens. Daß dieses richtige Bild nicht erreicht wurde, daß die nationalen Minderheiten es nicht ganz auf die Zahl der Sitze gebracht haben, die ihnen zustände, ist — das wurde schon oft ausgeführt — die Folge der Wahlordnung, die jetzt bei den Sejmwahlen und bei den Senatswahlen zum ersten Mal praktische Bedeutung bekommt. Diese Wahlordnung, die zu der Schaffung des Minderheitenblocks geführt hat, ist bekanntlich das Werk der Leute vom Geiste des „Kurjer Poznański". Durch diese Wahlordnung sollten die nationalen Minderheiten mundtot gemacht werden. Das scheint nicht in hinreichendem Maße gelungen zu sein. Jetzt schreit man nach einer Änderung der Verfassung.

Eine Volksvertretung, in der die nationalen Minderheiten ungefähr ein Viertel oder wie es eigentlich sein müßte, ein Drittel der Sitze inne hätten, würde nicht, wie der „Kurjer" meint, den Zerfall Polens bedeuten, sondern würde vielmehr klar und unzweideutig das eigentliche Wesen dieses Staates und die ihm auf Grund seiner geographischen Lage und seiner geschichtlichen Vergangenheit gewiesene Aufgabe zum Ausdruck bringen. Diese Aufgabe heißt: Vermittlung zwischen Westen und Osten, Überbrückung der Gegensätze zwischen Slawentum, Germanentum, Semitentum. Das Hauptmittel aber zur Erfüllung dieser Aufgabe heißt: Toleranz. Es hat einmal ein Polen gegeben, das diese seine Aufgabe richtig erkannte und in dem dieses Hauptmittel zur Erfüllung der Aufgabe, die Toleranz, richtig angewandt wurde. Jenes Polen wurde groß, eben weil es seine Aufgabe richtig erkannte und weil es das Wort „Toleranz" mit großen goldenen Lettern auf seine Fahne gemalt hatte.

Die geschichtliche Nachwirkung jenes alten Polens ist die heutige Zusammensetzung der Bevölkerung der gegenwärtigen polnischen Republik, deren fast richtiges Bild der neue Sejm sein wird. Dieses Bild wollten die Leute vom Schlage des „Kurjer Poznański" durch eine schlau ausgeklügelte Wahlordnung fälschen. Nun ihnen das nicht ganz gelungen ist, wollen sie auch das jetzt entstandene noch nicht ganz richtige Bild fortwischen oder überpinseln. Sie wollen, daß die Vertretung einer Bevölkerung, die sich zu zwei Dritteln aus Polen, zu einem Drittel aus Nichtpolen zusammensetzt, den Anschein erwecke, sie wäre die Vertretung der Bevölkerung eines Nationalstaates. Ein solches Bild wäre ohne Zweifel eine Fälschung. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Wer einen polnischen Nationalstaat haben wollte, hätte andere Grenzen verlangen oder den Minderheitenschutzvertrag und die jetzt geltende Verfassung ablehnen müssen.

Was der „Kurjer Poznański" tut, das ist ein Rütteln an den Grundfesten des jetzigen polnischen Staates.

Der zu einem Viertel aus Nichtpolen bestehende Sejm, von dem der „Kurjer Poznański die Auflösung des polnischen Staates befürchtet, wird das Gegenteil von dem tun, was der „Kurjer Poznański" getan hat. Er wird nicht an den Grundfesten des Staates rütteln, aber er wird, wenn ihm seine Arbeit nicht erschwert und nicht unmöglich gemacht wird, dazu beitragen, daß Polen wieder groß wird durch das, wodurch es früher einmal schon groß geworden ist: durch Toleranz.

Die endgültige Verteilung der Sejmmandate

Der „Kurjer Poznański" veröffentlicht folgende endgültige Verteilung der Sejmmandate aus den Bezirks- und der Staatsliste:

Liste				
Liste 1 (Witospartei)	58	+ 12	=	70
Liste 2 (Sozialisten)	33	+ 7	=	40
Liste 3 (Wyzwolenie)	39	+ 8	=	47
Liste 5 (Kommunisten)	2	+ 0	=	2
Liste 6 (Volksräte)	1	+ 0	=	1
Liste 7 (Nationale Arbeiterpartei)	14	+ 2	=	16
Liste 8 (Chjena)	140	+ 29	=	169
Liste 11 (Nationaljüdische Sozialisten)	4	+ 0	=	4
Liste 12 (Zentrum, Skulskigruppe)	7	+ 1	=	8
Liste 13 (Stapińskigruppe)	1	+ 0	=	1
Liste 16 (Minderheitenblock)	52	+ 11	=	63
Liste 17 (Galizische Zionisten)	13	+ 2	=	15
Liste 20 (Jüdische Volkspartei)	2	+ 0	=	2
Liste 22 (Grenzmarkenverband)	1	+ 0	=	1
Liste 24 (Chliboroben)	5	+ 0	=	5

Anfechtung der Wahlergebnisse im Osten.

Die General-Wahlkommission in Warschau begann am 9. früh ihre Arbeit. Es wurden eine ganze Anzahl von Bezirken erledigt. Es wurden nacheinander die Wahlbezirke 3, 4, 5, 7, 12, 14, 15, 19, 25, 38 und 39 geprüft. In diesen Bezirken wurden keine Fehler gefunden. Die Kreise von Ostgalizien wurden noch nicht besprochen. Die Bestätigung der Wahlergebnisse in den Ostgebieten, in Polesje, Wolhynien und Nowogrodek, ist vom Ausgang der Untersuchung die noch geführt wird, abhängig. In Verbindung damit herrscht in politischen Kreisen die Überzeugung, daß die Wahlen in Wolhynien für ungültig erklärt werden. Nach dem Wahlbezirk 61 (Nowogrodek) wurde im Einverständnis mit dem General-Wahlkommissar eine spezielle Untersuchungskommission entsandt, die sich am Freitag nach Nowogrodek begab, um die nötige Untersuchung vorzunehmen. Nach der Behauptung der Warschauer Zeitungen sind aus Wolhynien eine Anzahl Klagen eingelaufen über Mißbräuche der Wojts, Ortsvorsteher und Wahlkommissionen bei den Wahlen zugunsten der Liste 16. Angeblich wurde Einschreibung von Wählern in die Listen während des Wahlaktes festgestellt. Die Dorfvorsteher und Wójts sollen gestempelte Umschläge mit Wahlzetteln ausgegeben haben. Sie erhielten dafür angeblich je 2000 M. für jede Stimme und zahlten die Hälfte davon im Wahllokal an die Wähler. An einem Orte wurden angeblich am Vormittag nur Juden zugelassen und den Christen bedeutet, daß sie erst am Nachmittag stimmen können. Aus diesem Grunde fuhren viele Wähler nach Hause, ohne ihre Stimme abzugeben. Viele Ortsvorsteher und Wójts sind schon verhaftet worden. Nach Wolhynien wurde vom Innenminister im Einverständnis mit dem General-Wahlkommissar eine Spezialkommission abgesandt, die sich am Mittwoch nach Luck begab.

Verluste und Zuwachs der Parteien.

Warschau, 10. November. Die „Rzeczpospolita" schreibt, daß der Christliche Verband der nationalen Einheit den größten Zuwachs an Mandaten unter den polnischen Parteien zu verzeichnen hat. Wenn man die früheren Mandatenzahlen der einzelnen Parteien mit den heutigen vergleicht, dann haben folgende Parteien oder Gruppen **Verluste** erlitten oder sind vollkommen verschwunden: Die Stadtbürgerpartei, die 11 Mandate zählte, existiert nicht mehr. Die Nationale Arbeiterpartei ist von 24 Abgeordneten auf 16 zusammengeschrumpft, die Stapiński-Gruppe von 10 Abgeordneten auf einen einzigen, der Klub für Verfassungsarbeit, der 17 Abgeordnete hatte, hat sogar keine Liste aufgestellt. Die Witospartei hat ebenfalls Verluste erlitten. Von den früheren 90 Abgeordneten konnte sie nur 70 durchbringen. Eine **Zunahme** an Mandaten hat die Wyzwolenie-Gruppe zu verzeichnen. Diese Partei hat ihre Mandatenzahl nahezu verdoppelt. 24 Abgeordneten im alten Sejm stehen 47 neue gegenüber. Weit geringer ist der Zuwachs der Polnischen Sozialistischen Partei. Bei ihr beträgt die Zunahme 6 Mandate. Im alten Sejm saßen 34 Sozialisten, während im neuen Sejm ihrer 40 sitzen werden. Die nationalen Minderheiten waren im alten Sejm nur durch 10 Juden und 7 Deutsche vertreten, jetzt sind es 38 Juden, 16 Deutsche, 18 Ukrainer, 10 Weißrussen, 1 Russe und 5 galizische Ruthenen, im ganzen 88 Vertreter. In den östlichen Wojewodschaften, Wolhynien, Polesje und Nowogrodek, sind überwiegend Mandate der nationalen Minderheiten durchgekommen.

Die Rechte sucht Anschluß an die Linke.

Eine Rede von Roman Dmowski.

In der Mittwochsitzung des Allpolnischen Klubs machte einen sehr großen Eindruck die Rede von Roman Dmowski, der erklärte, daß beim Eintritt in eine neue Periode im öffentlichen Leben die vorhergehende Periode als geschlossen anzusehen sei, daß man viele Dinge vergessen, in den neuen Sejm ohne die Kampfstimmung der Wahlagitation eintreten und eine Mehrheit schaffen müsse, die die Warte der polnischen Interessen zu sein hätte. Es drohe nämlich die Majorisierung der nationalen Parteien durch die mit dem jüdisch-deutsch-russischen Block verbundene Linke.

Kompaniegeschäft Witos-Korfanty?

Nachdem der Block der Christlichen Nationalen Einheit (Liste 8) bei den Sejmwahlen nicht die absolute Mehrheit auf sich vereinigt hatte, wandten sich die Führer des Blocks an Witos mit dem Vorschlage, eine Regierungskoalition auf folgender Grundlage zu bilden: Staatspräsident: **Witos**. Ministerpräsident: **Korfanty**. Das Ministerium für Landwirtschaft und Ackerbau sowie das Landschaftsamt sollen gleichfalls mit **Volksparteilern** besetzt werden.

Die Wahllokale in Posen.

Die Wahllokale in der Stadt Posen sind:

Bezirk 1: Städtische Schule an der ul. Bydgoska, Klasse 2c;
Bezirk 2: Städtische Schule an der ul. Bydgoska, Klasse 1c;
Bezirk 3: Städtische Schule an der ul. Bydgoska, Klasse 3b;
Bezirk 4: Städtische Schule an der ul. Bydgoska, Klasse 1a;
Bezirk 5: Städtische Schule auf dem Ostrów Tumski 7 ptr., Eingang von der ul. Wieżowa;
Bezirk 6: Städtische Schule auf dem Ostrów Tumski 7 ptr. Eingang von der ul. Ostrowia;
Bezirk 7: Städtische Schule Konarski, Klasse 2b;
Bezirk 8: Städtische Schule Konarski an der ul. Cegielskiego, ptr., Klasse 1d;
Bezirk 9: Jagiellonische städtische Schule an der ul. Cegielskiego, Klasse 2d;
Bezirk 10: Jagiellonische städtische Schule an der ul. Cegielskiego, ptr., Klasse 2c;
Bezirk 11: Bauschule, Eingang von der ul. Rybaki;
Bezirk 12: Deutsches Gymnasium an der ul. Strzelecka 29, ptr. Klasse O III;
Bezirk 13: Deutsches Gymnasium an der ul. Strzelecka 29, ptr. Klasse O III.
Bezirk 14: Berger-Gymnasium an der ul. Strzelecka 4. Turnhalle.
Bezirk 15: Restauration Młodożyński, Garbary 41.
Bezirk 16: ul. Wrocławska 16, 1 Treppe.
Bezirk 17: Restauration Majewski, ul. Wożna 13.
Bezirk 18: Städtische Schule Allerheiligen, ptr. Klasse 1b.
Bezirk 19: Magistratsbüro am Plac Sapieżyński 10a ptr.
Bezirk 20: Die leere Verkaufshalle im städtischen Schlachthause an der Tama Garbarska.
Bezirk 21: Städtische Schule an der ul. Wielkie Garbary 25.
Bezirk 22: Wolnica 2, 1 Treppe.
Bezirk 23: Neues Rathaus, ptr. Büro Nr. 5.
Bezirk 24: Städtische Schule an der ul. Działyńskich 4, ptr. Klasse 2f.
Bezirk 25: Städtische Schule an der ul. Działyńskich 4, ptr. Physikalienkabinett.
Bezirk 26: Restauration Borysiak, ul. Seweryna Mielżyńskiego 25
Bezirk 27: Restauration Swietalski, ul. Podgórn 13.
Bezirk 28: Städtische Schule an der ul. Działyńskich 4 ptr. Klasse 7a.
Bezirk 29: Städtische Schule an der ul. Fr. Ratajczaka ptr. r. Klasse 7.
Bezirk 30: Städtische Schule an der ul. św. Marcin 30 ptr. r. Klasse 1c.
Bezirk 31: Knothe-Below-Lyzeum an der ul. Wały Jana III 4, Turnhalle.
Bezirk 32: Städtische Schule an der ul. Garncarska, Klasse 1a.
Bezirk 33: Restauration Adamczak, św. Marcin 4.
Bezirk 34: Städtische Schule an der ul. Fr. Ratajczaka, ptr. l. Klasse Va.
Bezirk 35: ul. Wrocławska 17, ptr.
Bezirk 36: ul. św. Marcin 76 I, Zimmer 2—3.
Bezirk 37: Städtische Turnhalle an der ul. Zielone Ogródki.
Bezirk 38: Größere Schulbaracke Górna Wilda 14—16.
Bezirk 39: Restauration Figiel, Wierzbięcice 27.
Bezirk 40: Städtische Schule an der ul. Przemysłowa 4—5. Haupteingang. Klasse Ia.
Bezirk 41: Restauration Rohr, ul. Świętego Czesława 5.
Bezirk 42: Kleine Schulbaracke, Górna Wilda 14—15.
Bezirk 43: Höhere Maschinenbauschule, ul. Kluczborska 5, ptr. Saal 18.
Bezirk 44: Städtische Schule an der ul. Przemysłowa 4—5. Klasse IIc.
Bezirk 45: Restauration Kubicki, Dolna Wilda 71.
Bezirk 46: Restauration Fiedler, Górna Wilda 47.
Bezirk 47: Restauration Kasprzyk, Kilińskiego 15.
Bezirk 48: Städtische Schule an der ul. Gen. Prądzyńskiego, Haus C. Klasse Ib.
Bezirk 49: Städtische Schule an der ul. Górna Wilda 77—79. Klasse B.
Bezirk 50: Restauration Popiel, Górna Wilda 109.
Bezirk 51: Städtische Schule an der ul. Prądzyńskiego, Haus A, Klasse IVa.
Bezirk 52: Städtische Schule an der ul. Gen. Prądzyńskiego, Haus B, Klasse IIId.
Bezirk 53: Restauration Wężorek, ul. Gen. Prądzyńskiego 48-49.
Bezirk 54: Städtische Schule an der ul. Berwińskiego, ptr. Konferenzsaal.
Bezirk 55: Städtische Schule an der ul. Berwińskiego, Klasse IIa.
Bezirk 56: Städtische Schule an der ul. Strusia 1, Klasse Ic.
Bezirk 57: Staatsgymnasium an der ul. Wyspiańskiego 8.
Bezirk 58: Städtische Schule an der ul. Strusia 2, Klasse Id.
Bezirk 59: Städtische Schule an der ul. Berwińskiego, Klasse Ic.
Bezirk 60: Restauration Dutkiewicz, Kolejowa 49.
Bezirk 61: Restauration Schrell, ul. Grunwaldzka 31.
Bezirk 62: Städtische Schule an der ul. Bosa.
Bezirk 63: Restauration Marro, ul. Łazarska 41.
Bezirk 64: Saal des heiligen Antonius an der Pfarrkirche des heiligen Lazarus.
Bezirk 65: Restauration Bohn, ul. Łazarska 1.
Bezirk 66: Städtische Schule an der ul. Matejki 8, ptr., Klasse V.
Bezirk 67: Städtische Schule an der ul. Matejki 8, ptr., Klasse V.
Bezirk 68: Marcinkowski-Gymnasium, Turnhalle, Eingang an der ul. Grunwaldzka.
Bezirk 69: Restauration Pierard, ul. Bukowska.
Bezirk 70: Restauration Kurzyca, ul. Zwierzyniecka 4.
Bezirk 71: Restauration Kasperek, ul. Kraszewskiego 16.
Bezirk 72: Städtische Schule an der ul. Słowackiego 54—56, ptr. Klasse Va.
Bezirk 73: Städtische Schule an der ul. Słowackiego 54—56, ptr., Klasse Vb.
Bezirk 74: Städtische Schule an der ul. Dąbrowskiego 117, Klasse IIIa, Fronteingang.
Bezirk 75: Städtische Schule an der ul. Dąbrowskiego 58—60.
Bezirk 76: Städtische Schule an der ul. Dąbrowskiego 73, Hinterhaus, Klasse Ia.
Bezirk 77: Reichsversicherungsamt an der ul. Mickiewicza 2, ptr., Zimmer 10.
Bezirk 78: Restauration Thiel, ul. Poznańska 25.
Bezirk 79: Restauration Trapczyński, ul. Dąbrowskiego 53—55.
Bezirk 80: Städtische Schule an der ul. Dąbrowskiego 73, Vorderhaus, Klasse IVa.
Bezirk 81: Städtische Schule an der ul. Dąbrowskiego 117, Klasse IIa. Eingang hinten.
Bezirk 82: Installationsbüro der städtischen Gasanstalt ulica Dąbrowskiego 57.
Bezirk 83: Restauration Czajka an der ul. Kraszewskiego 4.
Bezirk 84: Restauration Sieradzki, Rynek Jeżycki 1.
Bezirk 85: Reichsversicherungsamt an der ul. Mickiewicza 2, ptr., Zimmer 5.
Bezirk 86: Restauration Dudzyński in Sołacz.

Über die zu den einzelnen Bezirken gehörigen Straßen, Plätze und Hausnummern belehrt die Bekanntmachung in Nr. 196 des „Posener Tagebl." (Freitag dem 1. September 1922) sowie der Anschlag an den Plakatsäulen. Am Wahltag selbst geben die Auskunftstellen, deren Lokale in der heutigen Nummer der Zeitung wieder angegeben sind, von 9 Uhr vorm. bis 9 Uhr abends jedem Auskunft darüber, wo er zu wählen hat.

Zu den Senatswahlen.

Zu den Senatswahlen muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Wahl der Senatoren wojewodschaftsweise erfolgt, d. h. also, daß **sämtliche Stimmen der ganzen Wojewodschaft Posen zusammen gezählt werden.** Also auch in der Stadt geht keine für den Senat abgegebene Stimme verloren. Daher muß jeder Posener Deutsche wählen, um der Liste 16 zum Siege zu verhelfen.

Nachklänge zur Sejmwahl.

Präsidentenwahl erst Mitte Dezember.

Aus Warschau wird gemeldet, daß beabsichtigt sei, die Präsidentenwahl erst in der zweiten Sitzung des Sejm und des Senats vorzunehmen, also frühestens Mitte Dezember.

Zurückgezogene Listen.

Die demokratische Union hat beschlossen, ihre Listen für die Senatswahl zurückzuziehen, da ihre Liste bei den Sejmwahlen kein Mandat erhalten hat. Die jüdische radikale Arbeiterpartei tut dasselbe aus dem gleichen Grunde.

Die Wahlergebnisse in den Kreisen Schildberg, Kempen, Adelnau

sind, wie uns zur Ergänzung unserer ersten nicht ganz genauen Angaben mitgeteilt wird, folgende: Im Kreise Schildberg fielen auf die Liste 1 — 5766 Stimmen, auf die Liste 2 — 5 Stimmen, auf die Liste 7 — 2995 Stimmen, auf die Liste 8 — 4249 Stimmen auf die Liste 14 — 0 Stimmen, **auf die Liste 16 — 2248 Stimmen.** Im Kreise Kempen fielen auf die Liste 1 — 4320 Stimmen, auf die Liste 2 — 3 Stimmen, auf die Liste 7 — 5126 Stimmen, auf die Liste 8 — 7903 Stimmen, auf die Liste 14 — 8 Stimmen, **auf die Liste 16 — 3746 Stimmen.** Im Kreise Adelnau auf die Liste 1 — 1380 Stimmen, auf die Liste 2 — 44 Stimmen, auf die Liste 7 — 2478 Stimmen, auf die Liste 8 — 9341 Stimmen, auf die Liste 14 — 138 Stimmen, **auf Liste 16 — 4465 Stimmen.**

Nur Leute über 30 Jahre wählen zum Senat,
soweit sie in den Wählerlisten stehen.
Jede deutsche Frau und jeder deutsche Mann über 30 Jahre muß an die Wahlurne
für
Liste 16

Die Wahl in Ostrowo.

Aus Ostrowo wird der Schriftleitung des „Posener Tageblatts" geschrieben:

„In dem „Pos. Tagebl." vom 9. d. Mts. steht in einer Notiz, daß auch der Stimmbezirk Ostrowo kein Mandat erhalten habe, wegen Stimmenthaltung. Wir bitten, dieses zu berichtigen. Der Bezirk Ostrowo hat glänzend gewählt. 99 Prozent Stimmen sind abgegeben worden von unseren Deutschen, und das Fehlende kann fast durchweg mit Abwesenheit oder Krankheit verrechnet werden. Wir wußten von Anfang an, daß wir kein Mandat erreichen konnten, da wir nicht mehr so viel Deutsche im Bezirk sind.

Ferner teilen wir Ihnen einige Fälle von Wahlentrechtung u. dgl. mit. Im Wahllokal I der Stadt Jarotschin wurde von allen Deutschen die Vorzeigung des Wykaz verlangt. Fehlte dieser, so durften die Deutschen keine Stimme abgeben. Steuerzettel wurde als Ausweis nicht angenommen, ebenso lehnte man die zwei Zeugen ab. Der mündliche Protest dieserhalb des Vertrauensmannes wurde zurückgewiesen, der schriftliche Protest auch nicht angenommen, weil er deutsch geschrieben war. Dann fehlten ungefähr sechs Wähler am Wahltage in der Liste, die aber, bei der Durchsicht der Listen, in ihnen angeführt waren.

Aus Kenchen, bei Honig, Kreis Adelnau, wird uns gemeldet, daß die polnischen Zollbeamten die Deutschen infolge ihres guten Wahlergebnisses mit Grenzschwierigkeiten und sonstigen Unannehmlichkeiten bedroht haben, so daß die Deutschen kaum wagen, sich an der Senatswahl zu beteiligen. Die Wählerlisten waren fast durchweg ungenau."

Die „Posener Neuesten Nachrichten"

benützen die Tatsache, daß die Deutschen in Pommerellen beschlossen haben, bei der Senatswahl für die Liste 7 zu stimmen, zu einem neuen Ausfall gegen das „Posener Tageblatt" und graben überflüssiger- und unklugerweise damit wieder die Streitaxt aus, die schon vergraben und begraben schien. Dem gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß es uns erstens nichts angeht, was die Deutschen in Pommerellen für sich beschließen — es mag ja sein, daß dort die Verhältnisse anders liegen als bei uns —, und daß zweitens in der Mitteilung des „Posener Tageblatts" von dem Beschluß der Deutschen in Pommerellen klar und deutlich gesagt ist: „Wir hoffen nur, daß die Nationale Arbeiterpartei auch ihrerseits die Konsequenzen ziehen und fortan auf solche aufreizenden Kundgebungen, wie die des Herrn Wachowiak, der erklärte, daß die Deutschen ein unerwünschtes und schädliches Element seien, verzichtet. Der Deutschenhaß sollte ein für allemal aus dem Glaubensbekenntnis der Nationalen Arbeiterpartei gestrichen werden, und die Partei dies auch offen erklären, **sonst wäre der Schritt der Bromberger Deutschen nur bedauerlich.**"

Damit ist unsere Stellung zum Beschluß der Deutschen in Pommerellen unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Von einem Widerspruch zwischen unserer Stellung jetzt und dem, was wir vor der Sejmwahl den damals zweifellos umgefallenen „Posener Neuesten Nachrichten" sagen mußten, kann keine Rede sein. Der „stimmenzersplitternde Faktor" in Posen, als den die „Pos. N. N." uns hinzustellen sich erlauben, sind zweifellos und nachgewiesenermaßen sie selbst, die „Pos. N. N.", die es damals für angebracht hielten, gegen den Beschluß des deutschen Wahlausschusses zu agitieren und damit es zuwege brachten, daß die Deutschen in der Stadt Posen für zwei verschiedene Listen stimmten. Das wird nicht aus der Welt geschafft.

Die Schriftleitung des „Pos. Tagebl."

Die „Prawda" und die Deutschen.

„Prawda", das Organ der Nationalen Arbeiterpartei bringt ebenso wie die Blätter der 8 eine Meldung aus Thorn, wonach bei mehreren hervorragenden Agitatoren und in den deutschen Organisationen: „Lehrerverein" „Deutschtumsbund" und „Frauenbund" belastendes Material gefunden wurde. Auch in Graudenz und Dirschau sollen die Untersuchungen das gleiche Resultat gehabt haben. **Angeblich sollen die deutschen Verbände bis** heute von Berlin aus alle Anweisungen und finanzielle Unterstützungen erhalten. Angeblich soll bewiesen sein, daß die Deutschen für Erhaltung einer Irredentabewegung und staatsfeindliche Progaganda riesige Summen nach dem ehem. preuß. Anteil schicken.

Die ganze staatsfeindliche Agitation soll nach den polnischen Blättern der „Deutschtumsbund" leiten, der auch an den deutschen Exkaiser und den Kronprinzen Huldigungstelegramme sandte.

Ferner soll der Deutschtumsbund die deutschen Ansiedler gegen den polnischen Staat aufgehetzt haben.

Eigentümlich, daß angesichts dieser Hetzereien die Deutschen in Pommerellen für die Senatsliste der 7 stimmen wollen!

Pressestimmen.

Der „Przegląd Poranny" vom 10. d. Mts. schreibt unter der Überschrift „Enttäuschung im Lager der Nationaldemokratie" u. a. folgendes: „Dem anfänglichen Ausbruch der Freude über das Wahlergebnis folgte bei der Nationaldemokratie ein plötzlicher Rückschlag. Es zeigt sich eine gewisse Unruhe, ja mehr noch als das: eine gewisse Beklemmung. Um nämlich im neuen Sejm eine Mehrheit zu erlangen, fehlen dem nationalen Block noch 53 Abgeordnete." Das Blatt weist dann darauf hin, daß der nationale Block infolge seiner bisherigen Kampfesweise isoliert dastehe. Er habe den Wahlkampf fast ausschließlich gegen die nationalen Gruppen des Zentrums geführt, sowie auch gegen die Nationale Arbeiterpartei. In der Wahlagitation der Prof. Stroński, Głąbiński und Konsorten in Warschau sei das Vorhandensein der Wyzwolenie-Gruppe, Okońs, der P. P. S. und der Kommunisten ganz verschwiegen worden. Jetzt stehe nun der nationale Block völlig vereinsamt, und dabei fehlten ihm zur Mehrheit 53 Abgeordnete. Selbst wenn Ponikowski und Skulski mit ihren 7 Abgeordneten den ganzen Wahlkampf vergessen und mit der Nationaldemokratie zusammengehen, so fehlen immer noch 46 Abgeordnete. Von den übrigen Parteien aber werde keine mit ihnen mitgehen. Wir haben den Eindruck", fährt der „Prz. Por." fort, „daß die Nationaldemokratie an der Überzahl von Mitgliedern in ihren Abgeordnetenreihen ersticken wird. Und heute, nach durchgeführten Wahlen zum Sejm, sieht sie schon ganz deutlich, daß es besser für sie wäre, 40 oder 50 Mandate weniger errungen zu haben, wenn statt dessen sich im Sejm ein starkes zahlreiches Zentrum befände, mit dem man von Zeit zu Zeit zusammengehen könnte. Übrigens ist selbst der Block der nationalen Einheit nicht fest zusammengekittet. Die drei politischen Gruppen, aus denen er sich zusammensetzt, **verbindet nur das negative Verhältnis zu der Person Piłsudskis.** In den positiven Programmen, besonders den sozialen, besteht ein sehr großer Unterschied zwischen der Nationaldemokratie, die z. B. den achtstündigen Arbeitstag bekämpft, und der Christlichen Demokratie, die als Verfechter dieser Arbeiterforderung auftritt. Der Block kann also plötzlich einmal aus nichts, dir nichts, auseinanderfallen. Nichts Sonderbares, wenn in kritischen Kreisen des Lagers der Nationaldemokratie statt der anfänglichen Überhebung und Freude immer deutlicher das Gefühl der Unruhe und die Enttäuschung durchdringen."

*

Wie der „Kurjer Łódzki" schreibt, erklärt der Sejmmarschall den Vertretern der Zentrumsparteien, daß die Niederlage der Zentrumsgruppen bei den Wahlen in den Sejm durchaus nicht im Interesse der rechtsstehenden Parteien liegt. Es ist dies ein recht bedauerlicher Fall, der nicht vorauszusehen war.

Der Mangel einer gemäßigten Zentrumsgruppe im zukünftigen Sejm ist direkt eine Katastrophe und droht einfach mit schädlichen Konsequenzen, weil dadurch die Rechte der Linken Aug in Auge entgegengestellt wird.

Weiter wird berichtet, daß infolge des erlittenen Fiaskos der Zentrumsgruppen die rechtsstehenden Parteien sich an den Bauernführer Witos gewandt haben und es versuchen, mit ihm in Verhandlungen zu treten, um über eine eventuelle gemeinsame Arbeit im neuen Sejm zu beraten.

Aus diesem Anlaß beabsichtigt auch die Rechte, wie genanntes Blatt schreibt, bei der Präsidentenwahl für Piłsudski zu stimmen. (Das letztere erscheint nach der bisherigen Agitation gegen den Staatschef kaum denkbar. Die Red.)

*

Der nationaldemokratische „Kurjer Warszawski" bemerkt, daß die deutsche Mark immer rascher in den Abgrund sinkt. Der Dollar ist innerhalb weniger Monate von 300 auf über 8000 M. gestiegen, und es scheint, daß dies der Rekord des Valutasturzes ist. Riesenverluste erleiden durch die Spekulation mit der deutschen Mark England, Amerika und andere Länder. In nicht allzuferner Zeit werden die Deutschen ihre industrielle Tätigkeit reduzieren müssen, dann wird Arbeitslosigkeit entstehen und die soziale und wirtschaftliche Krise kann zu dem Ausbruch einer politischen Revolution führen. Die Nachbarn Deutschlands werden gut tun, rechtzeitig an diese Möglichkeit zu denken. Deutschland droht, wie wir hören, die Finanzkontrolle und bedeutende Eingriffe in seine souveränen Rechte. Auch Polen müßte aus alldem eine sorgfältige Lehre ziehen. Zuerst kommt der hemmende Einfluß der sinkenden Valuta auf die Inlandsproduktion. Wir werden wohl auch noch eine fremde Finanzkontrolle in Polen erleben und einen Rückgang der Produktion, wenn wir nicht im letzten Augenblick verstehen werden, der Gefahr, die uns droht, richtig und klar ins Auge zu schauen. Die Wirklichkeit hat eine herbe Enttäuschung gebracht. Es sind eilig gänzlich unüberlegte Gesetze herausgegeben worden, die gar nicht in Kraft getreten sind. Im Resultat ist dadurch das Vertrauen zu sämtlichen Reformen im Innern Polens untergraben worden.

Die Rechte wieder habe — so bekennt selbst das nationaldemokratische Organ — durch Ableugnung der elementaren Grundsätze der Gleichheit des Volkes, der Glaubenstoleranz, der Freiheit der Nationalitäten und durch den grenzenlosen Chauvinismus Polen kompromittiert und im Innern des Landes den Glauben an die rechtsstaatliche Ordnung und an die traditionelle Toleranz untergraben.

Eine fast unwahrscheinlich anmutende Selbsterkenntnis.

Französische Anleihe für Polen.

Warschau, 10. November. Im Schatzministerium wird vorbereitet das Projekt einer französischen Anleihe, die durch die Staatseinkünfte garantiert wird. Die Einleitungsverhandlungen in dieser Angelegenheit mit französischen Kapitalisten haben einen günstigen Verlauf. Ende des Monats fährt in dieser Angelegenheit ein besonderer Delegierter des Schatzministeriums nach Paris. Der Besuch des polnischen Generalstabschefs General Sikorski in Paris soll viel zur Verwirklichung dieser Angelegenheit beigetragen haben.

Ausfuhrerlaubnis für 5000 Schweine.

Warschau, 10. November. Der Vorsitzende des Ein- und Ausfuhramtes machte dem Vertreter des „Przegl. Wiecz." die Mitteilung, daß außer der Erlaubnis der Ausfuhr von 5000 Schweinen durch den Magistrat der Stadt Warschau die Ausfuhr von Lebensmitteln unbedingt verboten ist und nicht stattfindet. Speziell wurde keine Erlaubnis für Getreide oder Sämereien erteilt. Es wurde nur eine kleine Anzahl von Ausfuhrbewilligungen zur Ausfuhr von Ferkeln und geschossenem Geflügel erteilt.

Die Dąbrowoer Kohle.

Warschau, 10. November. Nach Informationen aus dem Dąbrowoer Kohlengebiet besteht zwischen der Entlohnung der Bergarbeiter jener Gebiete und den Bergarbeiterlöhnen in **Polnisch-Oberschlesien ein ziemlich bedeutender Unter-**

schied, der sich daraus ergibt, daß die Bergarbeiter in Polnisch-Oberschlesien ihre Löhne in deutscher Mark erhalten. Dieser Unterschied hat im Zusammenhang mit dem Fall der deutschen Mark 30 v. H. zugunsten der Bergarbeiter im Gebiet von Dąbrowo und und Krzanow erreicht. Das wirkt auf den Kohlenpreis ein. Oberschlesische Kohle kostet gegenwärtig einschließlich der Steuer 33000 Mark für die Tonne und Dąbrowoer Kohle 40000 Mark. Der Preisunterschied ist durch die Kosten der Investitionen bedingt, die in den Dąbrowoer Gruben nach der Exploation zu deutscher Zeit gemacht werden müssen. Die Folge dieser Bedingungen ist die Unmöglichkeit, Kohlen nach Deutschland auszuführen, da sowohl die oberschlesische Kohle, wie auch die Kohle aus dem Dąbrowoer Gebiet bedeutend teurer ist als die deutsche Kohle. Daher ist die Ausfuhr von Kohle nach der Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn aktuell, da sich der Unterschied der Preise in Polen und diesen Ländern für die Kohlenausfuhr günstig kalkuliert. Im Augenblick der Verbesserung der Transportmittel ist anzunehmen, daß die Kohlenausfuhr nach den oben genannten Ländern einen nennenswerten Umfang annehmen wird.

Streik in Myslowice.

Kattowitz, 10. November. Gestern brach ein Streik der Bergarbeiter in Myslowice aus. Am 10. nachmittags enthielten sich in den Bergwerken Nikisz, Janów und Gizowiec ungefähr 20000 Menschen der Arbeit. Der Verlauf des Streikes war friedlich. Die Ursachen sind wirtschaftliche Forderungen. Auf einer Versammlung des Arbeitgeber-Verbandes und der Berufsverbände der schlesischen Wojewodschaft wurde für Sonnabend eine Konferenz der interessierten Kreise einberufen, um die Löhne der gegenwärtigen Wirtschaftslage anzupassen.

Aus dem Fedakprozeß.

Lemberg, 11. November. In der Freitagsverhandlung gegen Fedak lehnte der Gerichtshof den Antrag der Verteidigung, den Staatschef zu verhören, ab, erklärte sich jedoch im Sinne des Antrages des Staatsanwalts mit der Verlesung der Aussagen des Staatspräsidenten einverstanden. In diesen Aussagen stellt der Staatspräsident fest, daß man von seiner Ankunft zu der Ostmesse schon einige Wochen vorher gewußt habe. Beim Besuch der Ostmesse bemerkte er keinen jungen Mann, der sich um ihn gedreht hätte. Übrigens wäre dies schwer gewesen, da auf der Messe große Menschenmassen waren. Als er nach dem Rathaus fuhr, warnte man ihn davor, daß dort irgend welche Demonstrationen stattfinden könnten. Der Staatschef dachte jedoch nicht an einen Anschlag und war der Meinung, daß nur Demonstrationen sein würden. Aus dem Rathause trat er schnellen Schrittes heraus, und als er im Auto Platz nahm, hörte er einen Knall, und wußte sofort, daß es ein Schuß sei. Nach einer Weile hörte er den zweiten und dritten Schuß. In diesem Augenblick begann der Wojewode Grabowski zu wanken. Der Staatspräsident empfand keine Furcht. Er schließt sich dem Standpunkt der Anklage nicht an. Einige Wochen vor dem Anschlag war der Vater des Fedak beim Staatspräsidenten und wandte sich an ihn mit der Bitte um Amnestie für die ukrainischen politischen Gefangenen. Der Staatspräsident forderte ihn auf, sich mit der Lage der Dinge abzufinden, und betonte daß die grundsätzlichen russischen Fragen erledigt werden sollten, wenn die Wunde vernarben würde. Fedak erklärte jedoch, daß die Angelegenheit dem internationalen Gerichtshof vorgelegt werden müsse.

Prof. Kreckenbeck, der Präsident des polnisch-deutschen Schiedsgerichts in Beuthen, reiste nach Berlin, um der deutschen Regierung seinen offiziellen Besuch abzustatten. Es begleitete ihn der polnische Delegierte Dr. Kaluszniecki, der deutsche Delegierte Dr. Schneider, sowie der Vertreter der deutschen Regierung bei der gemischten polnisch-deutschen Kommission Dr. Lunding.

Ein Presseprozeß.

Am Donnerstag, dem 9. November, hatte sich der Herausgeber des „Evangelischen Gemeindeblattes für die Unierte Evang. Kirche in Polen", Pfarrer Schwerdtfeger aus Rosenau, vor dem Sąd Okręgowy in Gnesen zu verantworten. Er wurde beschuldigt, im Januar in einem Artikel „Kirche und Synode" in diesem Blatte erdichtete oder entstellte Tatsachen verbreitet, dadurch Anordnungen der polnischen Behörden verächtlich gemacht und polenfeindliche Gesinnung bekundet zu haben. In der Verhandlung legte der Angeklagte dar, daß der Artikel aus der „Deutschen Rundschau" in Bromberg in das „Evang. Gemeindeblatt" übernommen sei, und daß er ihn nicht geschrieben habe. Da die Anklage bestimmte Angaben nicht gemacht hatte, welche Tatsachen als erdichtet oder entstellt angesehen wurden, ging der Angeklagte auf die einzelnen in dem Artikel erwähnten Fälle ein und legte an der Hand von ausführlichem Material dar, daß die angeführten Tatsachen auf Wahrheit beruhen. Es handelt sich in der Hauptsache um die Beschlagnahme des Gemeindehauses in Obornik, die verschiedenen Versuche mit dem Johannenhaus in Posen und die Fortnahme des Parkgrundstückes, das bis dahin der evangelischen Gemeinde in Kensau gehört hatte. Ebenso wies er nach, daß in Sladow bei Warschau ein Bethaus in einen Kuhstall umgewandelt und daß den evangelischen Kindern deutscher Muttersprache in Neu-Sandez in Galizien evangelischer Religionsunterricht in polnischer Sprache gegen den Willen der Eltern aufgezwungen ist. Es könne also eine Verbreitung falscher oder entstellter Tatsachen nicht vorliegen. Er führte dann etwa folgendes aus: „Der Artikel ist von einem Mitgliede der Landessynode, die im November vorigen Jahres in Posen tagte, auf Grund genauer Sachkenntnis und unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Synode geschrieben worden. Es handelt sich also lediglich um ein Stimmungsbild von der Synode und einen sachlichen Bericht der Verhandlungen der Synode.

Der Staatsanwalt fand in der Art und Weise der Darstellung den Beweis erbracht für polenfeindliche Gesinnung und beantragte 6 Monate Gefängnis.

Das Gericht erkannte auf 100000 Mark Geldstrafe.

So ist der immerhin nicht ganz alltägliche Fall eingetreten, daß der Herausgeber des Gemeindeblattes verurteilt worden ist, weil er einen auf die Akte der Landessynode und ihre Beschlüsse zurückgehenden sachlichen Bericht in sein Blatt aufgenommen hat. Man ist versucht die Frage aufzuwerfen, wie sich dies Urteil mit der uns durch die Verfassung zugestandenen Pressefreiheit verträgt. Auch ist es uns zweifelhaft, ob ein solches Vorgehen gegen den Herausgeber eines kirchlichen Blattes, der in ihm die berechtigten Interessen der evangelischen Kirche vertritt, geeignet ist, dem Auslande gegenüber den Beweis der uns immer wieder versprochenen Gleichberechtigung zu erbringen, denn solche Dinge bleiben natürlich dem Auslande nicht verborgen.

Lettland.

Rücktritt des Kabinetts.

Riga, 11. November. In der ersten Sitzung des neuen Parlaments ist das Kabinett Mejerowicz zurückgetreten. Der Präsident Czakste hat ihm die weitere Führung der Amtsgeschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung übertragen. Wegen sehr schwieriger Verhandlungen rechnen die Parteien mit der Notwendigkeit, bis zur Klärung der Lage ein provisorisches Kabinett zu bilden.

Die Wahl des Präsidenten der Republik.

Riga, 11. November. Die Wahl des Präsidenten der Republik findet am Dienstag statt. Der im Parlament eingebrachte Entwurf sieht als Residenz für den Präsidenten das Rigaer Schloß vor und bestimmt als Apanage eine Summe von 125 000 lettischen Rubeln monatlich.

Achtung, deutsche Wähler!

Die Stimmzettel und die Merkblätter für die Vertrauensleute sind verteilt.

Der Stimmzettel kann auch selbst hergestellt werden Man braucht nur auf ein 10 cm langes und 8 cm breites weißes Blatt Papier die Zahl 16 mit Tinte zu schreiben.

Niemand kann also eine Wahlunterlassung damit entschuldigen, er sei nicht rechtzeitig in den Besitz eines Stimmzettels gekommen!

Deutscher Wahlausschuß Posen,
Waly Leszczyńskiego 2.

Die deutschen Zahlungen.

Das letzte Gutachten der internationalen Sachverständigen.

Berlin, 11. November. Der Reichsregierung ist nunmehr das letzte Gutachten der internationalen Sachverständigen zugegangen, das von den drei Bankiers Vissering (Holland), Dubois (Schweiz) und Kamenka (Rußland) unterzeichnet ist. Die Sachverständigen verfolgen die Entstehung der Inflation in der Kriegszeit, wo anstatt mit Steuern mit Kriegsanleihen gearbeitet wurde, und ihr Wachsen in der Nachkriegszeit, wo zur Beschaffung von Nahrungsmitteln und dann zur Deckung des Defizits die schwebende Schuld dauernd verstärkt wurde. Das Budget des Reiches müsse ausgeglichen werden. Strengste Sparsamkeit, Verringerung des Personals und Abbau der Ernährungszuschüsse seien notwendig. Kapitalinvestierungen sind aufzuschieben. Reparationszahlungen dürfen im Etat nicht enthalten sein. Den wichtigsten Teil des Gutachtens nimmt der Vorschlag der Schaffung eines beständigen Wertmessers ein, als positive Maßnahme zur Stabilisierung. Sobald die genannten Voraussetzungen erfüllt sind, ist nach Ansicht der Sachverständigen eine neue Goldmark anzustreben, die einen runden Teilbetrag der englischen oder amerikanischen Währung, etwa ½ Schilling oder 1/10 Dollar ausmachen soll.

Pessimistische Stimmung in Berlin.

Berlin, 11. November. Wie verlautet, ist man in den Kreisen der Reparationskommission sehr wenig befriedigt von den deutschen Vorschlägen, und insbesondere auch von der Tatsache, daß diese Vorschläge und die Gutachten der Sachverständigen von deutscher Seite veröffentlicht worden sind. Auch Barthou soll sich darüber in ziemlich scharfen Ausdrücken geäußert haben. Aber auch in deutschen Sachverständigenkreisen ist man wenig befriedigt von der vorgeschlagenen Aktion, die nach Ansicht dieser Kreise weniger der einheimischen Mark, als der im Auslande befindlichen Reichsmark, insbesondere der in Amerika vorhandenen, zugute kommen würde. — Im übrigen ist man hier sehr pessimistisch in bezug auf die Verhandlungen mit der Reparationskommission gestimmt. Allerdings trifft dies auf den Reichskanzler persönlich nicht zu, der vielmehr noch immer sehr hoffnungsfreudig sein soll. Im übrigen hat sich die Reichsregierung bereit erklärt, auch während der Stützungsaktion die Leistungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu tragen, ohne daß dadurch die schwebende Schuld vermehrt werden soll.

Die Lage am Bosporus.

Angesichts des in Angora wie auch in Konstantinopel durch den englischen Vertagungsantrag für die Orientfriedenskonferenz hervorgerufenen schlechten Eindrucks hat Poincaré den englischen Botschafter in Paris gebeten, nachdrücklich seine Regierung auf die Unzuträglichkeiten hinzuweisen, die jede weitere Verzögerung in der Eröffnung der Friedensverhandlungen mit der Türkei mit sich bringen würde. Nach den letzten in Paris eingetroffenen Nachrichten haben die alliierten Kommissare den Belagerungszustand über Konstantinopel nicht verhängt, obwohl die Regierungen sie ermächtigt hatten, alle von ihnen für erforderlich gehaltenen Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu treffen. Da sich die Lage jedoch nicht gebessert hat, erwartet man nunmehr die Verhängung des Belagerungszustandes über Konstantinopel.

Die Konferenz von Lausanne.

Wien, 11. November. Die „Neue Freie Presse" meldet aus London, daß die Konferenz in Lausanne von Lord Rumbold eröffnet werden wird. Lord Curzon soll erst später in Lausanne eintreffen. Man erwartet, daß die Konferenz am 20. d. Mts. eröffnet werden wird.

London, 11. November. Reuter stellt fest, daß die Eröffnung der Konferenz von Lausanne höchstens um eine Woche verschoben wird, und betont dabei, daß die Verbündeten einige Tage zum Meinungsaustausch über die letzten Ereignisse brauchen.

Wien, 11. November. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Rom, daß die Teilnahme Belgiens und Bulgariens an der Konferenz von Lausanne feststeht. Diese beiden Staaten werden aber nicht das Recht haben, an der Diskussion teilzunehmen und werden erst dann zum Worte zugelassen werden, wenn Fragen zur Beratung stehen, die sie direkt betreffen.

Wien, 11. November. Wie die „Neue Freie Presse" meldet, hat die Sowjetregierung gegen die Zulassung Bulgariens und Japans zur Konferenz von Lausanne protestiert.

Wien, 11. November. Blättermeldungen zufolge wird die Sowjetregierung auf der Konferenz von Lausanne höchstwahrscheinlich durch Tschitscherin vertreten werden.

Frankreich will eine Hinausschiebung der Konferenz von Lausanne verhüten.

Paris, 11. November. Der französische Geschäftsträger in London hatte im Foreign Office Besprechungen über die Konferenz von Lausanne. Über das Datum des Beginns der Konferenz ist noch nichts beschlossen worden. Das Londoner Kabinett würde wahrscheinlich das Datum des 20. November annehmen, möchte aber vom Quai d'Orsay Nachrichten erhalten, die genau feststellen, unter welchen Bedingungen die Eröffnung der Konferenz vor sich gehen, und ob man den Belagerungszustand in Konstantinopel kräftig durchführen solle, wenn diese Maßnahme nötig sei. Dazu gibt die englische Regierung dem Wunsche Ausdruck, daß die Frage von Mosul, diejenige der Grenze von Syrien und endlich diejenige des Dodecanes in Lausanne nicht aufgeworfen würde. Lord Curzon, der bereit ist, mit Poincaré zusammenzutreffen, ist der Ansicht, daß er nicht nach Lausanne gehen könne, wenn er sich nicht vorher mit Poincaré verständigt habe. Lord Curzon hat die Instruktion erhalten, sich zu bemühen, von der französischen Regierung in diesen Punkten eine Antwort zu erhalten, die nach Ansicht der englischen Regierung hier vorliegen müsse, bevor sie ihren Entschluß über das definitive Datum der Konferenz trifft. An zuständiger französischer Stelle wurde dem Korrespondenten der „Vossischen Zeitung" gestern abend erklärt, es sei noch nicht sicher, ob die Konferenz von Lausanne am 18. November eröffnet werde. Frankreich sei fortgesetzt bemüht, eine Hinausschiebung der Eröffnung mit Rücksicht auf die Überreizung der Türken zu verhüten. Die französische Regierung sei zu der von England gewünschten Vorbesprechung bereit und würde eine Pariser Reise Lord Curzons begrüßen, vorausgesetzt, daß dadurch die Eröffnung der Konferenz von Lausanne nicht verzögert werde.

Keine Drahtverbindung mit Konstantinopel.

Paris, 11. November. Die Verbindung der westlichen Hauptstädte mit Konstantinopel ist jetzt dadurch sehr erschwert, daß die Türkei das Easternkabel durchschnitten hat. Die französische Regierung ist bemüht, sich drahtlos mit ihren Vertretern in Konstantinopel zu verständigen, bis jetzt aber ohne Erfolg. Der Belagerungszustand wurde bisher, wie an amtlicher Stelle erklärt wird, noch nicht verkündet, weil die entsprechenden Befehle noch nicht in Konstantinopel eingetroffen sind. Die Lage in Konstantinopel selbst wie auch in der neutralen Zone wird heute als außerordentlich ernst betrachtet, und von einer Entspannung könne nicht die Rede sein. Poincaré konferierte heute mittag mit Foch.

Die englische Auslandspolitik.

Lord Curzon besprach in einer in der City gehaltenen Rede die englische Auslandspolitik und erklärte dabei folgendes:

„Die Hauptgrundlage meiner Politik ist die Aufrechterhaltung der Einmütigkeit unter den Alliierten. Jeder ist davon überzeugt, daß die Zusammenarbeit Frankreichs und Englands die beste Gewähr für die Existenz dieser beiden Länder und für den Frieden in Europa ist. Unsere Hauptziele sind identisch. England will vor allen Dingen eine Abenteuerpolitik vermeiden. Wir haben schon genug Kriege gehabt und ich denke, daß in Frankreich dasselbe empfunden wird. Von den Fragen, die Frankreich betreffen, ist die Entschädigungsfrage die aktuellste. Ich möchte gern, daß Frankreich soviel erlangt, wie es erlangen kann, auch wenn wir unsere Ansprüche aufschieben müßten. Wir wissen, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands eine große Bedeutung für Europa hat. Dessen bewußt waren wir für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, wenn es die Deutschen wünschen sollten. Wir werden aber nicht unsere Einwilligung dazu geben, daß sich die Deutschen der Erfüllung der begründeten Verpflichtungen entziehen. Ich bin jedoch der Meinung, daß alle Versuche, diese Frage gewaltsam zu lösen, zu einem Mißerfolg verurteilt wären."

Bei der Besprechung der Forderungen der Kemalisten erklärte Lord Curzon, daß die Ansprüche der Kemalisten zu weit gehen. Zum Schluß drückte Lord Curzon die Hoffnung aus, daß unter den Alliierten in Konstantinopel Einmütigkeit bewahrt bleibt. Wenn dies aber nicht der Fall sein sollte, wird es England nicht möglich sein, die ganze Last auf seine Schultern zu nehmen. Die Türkei muß sich davon überzeugen, daß die Zugeständnisse, die die Alliierten zu machen beabsichtigen, gewisse Grenzen haben.

Zu der letzten Krise in Italien erklärte Lord Curzon, daß die englische Regierung die Übernahme der Herrschaft durch Mussolini als Vorzeichen für enge Beziehungen zwischen England und Italien ansieht.

Mussolinis Pläne.

In der Mittwoch-Sitzung des italienischen Ministerrates erklärte Mussolini, daß er bereits energische Schritte unternommen habe, um im Lande normale Verhältnisse wiedereinzuführen, und um die Bewegung, von der aus Sardinien gemeldet worden ist, im Keime zu ersticken. Die Auslandslage ist noch besorgniserregend. Der Ministerpräsident hat an den italienischen Botschafter in Konstantinopel Instruktionen gesandt, in denen er die Notwendigkeit zum Ausdruck gebracht hat, daß man in der Richtung der Bildung eines gegen die Türkei gerichteten alliierten Blocks bemüht sein müsse, gegen die Türkei, die Griechenland in der Tat geschlagen habe, aber sich nicht einbilden dürfe, daß sie die Alliierten besiegt habe. Der Kreuzer „Archimedes" bleibt in Konstantinopel. Was die andern Kriegsschiffe betrifft, so werden sie die Aufgabe haben, eine etwaige Verteidigung der italienischen Bürger zu gewährleisten. Italien hat sich dem Vorschlage der Vertagung der Konferenz in Lausanne unter der Bedingung angeschlossen, daß diese Vertagung nur kurz sein werde. Zum Schluß bestätigte der Ministerpräsident, daß er die Absicht habe, persönlich an der Konferenz in Lausanne teilzunehmen.

Italiens Balkanprogramm.

Rom, 11. November. Der alarmierende Ton der italienischen Presse über die Lage im Orient hat heute noch eine Steigerung erfahren. Namentlich von der offiziösen Presse wird die Kundgebung verbreitet, daß Italien um jeden Preis an der Einheitsfront gegen die Türkei auf Einhaltung der Vereinbarung von Mudania teilnehmen werde. Die Presse fordert übereinstimmend von Paris die schleunige Einberufung der Friedenskonferenz, die nicht über den 20. November hinaus verzögert werden dürfe. Die „Idea Nazionale" läßt durchblicken, daß Italien in Lausanne nachdrücklich für die bulgarischen Ansprüche für einen Ausgang zum Meere eintreten und vielleicht die Initiative zur Einladung Bulgariens zur Friedenskonferenz ergreifen werde. Es wird ausgeführt, daß es für den Frieden auf dem Balkan notwendig sei, die Türkei und Griechenland gründlich und dauernd räumlich zu trennen. Die Maritzalinie genüge hierfür nicht. Den Türken gegenüber müßten die Verbündeten den Sieg Europas um jeden Preis verfechten, namentlich aber Italien, dessen Ausdehnung unaufhaltsam sei, sowohl gegen die türkische Intransigenz wie gegen die Ränke der Verbündeten.

Deutsches Reich.

** **Die Beratung über die Reichshaushaltsordnung.** Im Hauptausschuß des Reichstages wurde der Entwurf einer Reichshaushaltsordnung weiter beraten. Gegenstand der Erörterungen waren die Paragraphen, die von der Ausführung des Haushaltsplanes handeln. Die Diskussion ergab, daß in bestimmten Fällen sich die Dispositionsfonds als durchaus nützlich erwiesen hätten. Es wurden sodann die in der Haushaltsordnung vorgesehenen Befugnisse zur Niederschlagung einer an sich beitreibbaren Forderung auf Ersatz von Schäden infolge schuldhaften Verhaltens eines Beamten im Dienst besprochen, ein Recht, das dem Reichspräsidenten zugewiesen sei. Durch den vorliegenden Entwurf soll auch noch die Mitwirkung des Reichsfinanzministers bei Ausübung der Niederschlagung nötig werden, einmal wegen der finanziellen Folgen des Ersatzes, dann aber auch, weil eine Niederschlagung, die nicht ausschließlich mit Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse des verantwortlichen Beamten erfolgt, von gewisser allgemeiner Bedeutung für die Beamtendisziplin ist.

** **Der 9. November in Berlin.** Am Jahrestag der Revolution war in Berlin gemäß dem Beschluß der Gewerkschaften das gewerbliche Leben völlig im gewohnten Gleis. Es sind auch in den städtischen Betrieben nirgends Störungen vorgekommen. Alle Fabriken haben wie gewöhnlich gearbeitet. Auch die kommunistische Arbeiterschaft hat sich dem Willen der übergroßen Mehrheit der Arbeiterschaft gefügt und wie an anderen Tagen gearbeitet.

** **Die gefährliche Brotversorgung.** Die Gefährdung der Brotversorgung hat in München so ernste Formen angenommen, daß aus Mangel an Brotmehl am Donnerstag bereits mehrere Bäckereien nicht mehr imstande waren, Markenbrot herzustellen.

** **Brotversorgung im Reiseverkehr.** Zur Milderung der durch Aufhebung der Reisebrotmarken entstandenen Härten ist jetzt, wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, wieder die Ausstellung von Lebensmittelabmeldescheinen im Reiseverkehr bei Reisen von länger als vierwöchiger Dauer zugelassen.

Danziger Kurse vom 11. November.

Die polnische Mark in Danzig	52½
Der Dollar in Danzig	8500

Tendenz: fest.

Nach langer, mit großer Geduld getragener Krankheit, verschied meine unvergeßliche Frau, unsere treusorgende Mutter, Großmutter und Schwiegermutter

Johanna Brabänder

geb. Schoebel

im Alter von 53 Jahren. [10074

Dies zeigen in tiefer Trauer an

Die Hinterbliebenen.

Poznań, den 9. November 1922.

Beerdigung Sonntag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Lukaskirche.
Von Beileidsbesuchen bitte abzusehen.

„RAWA", T. z o. o.

daw. **Rudolf Rabe, Bydgoszcz,**

Sniadeckich 19 — Telephon 121

liefert prompt aus erster Hand alle Gattungen bester

oberschles. Steinkohlen

in jeder Menge zu günstigen Tagespreisen. [9185



Deutscher Theaterverein

Posen

Eröffnung der Winterspielzeit 1922/1923

Mittwoch, den 15. November, abends 7 Uhr

im großen Saale des Zoologischen Gartens

Gerhart Hauptmann-Feier

anläßlich

des 60. Geburtstages des Dichters.

Festfolge:

1. Einleitung. 2. Festvortrag. 3. Festvorstellung

EINSAME MENSCHEN

Drama in 5 Akten.

Eintrittskarten zu 500,— Mk., 1000,— Mk., 1500,— Mk. und 2000,— Mk. (einschl. Steuer) und Programme zu 100,— Mk. sind zu haben im Zigarrengeschäft von Gumnior, św. Marcin 43 (Ecke ul. Gwarna).

Ostdeutsche Privatbank

Berlin W 35, Am Karlsbad Nr. 29, I.

Telegramm-Adresse: Pogekasse. — Reichsbank-Giro-Konto.
Fernsprecher: Kurfürst 7976 u. 8034. — Postscheckkonto: Berlin 68700.

Ausführung aller Arten bankgeschäftlicher Aufträge, insbesondere:

An- und Verkauf

von fremden Zahlungsmitteln und Wertpapieren, Beleihung, Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren. Annahme von Spareinlagen. Verkehr in laufender Rechnung, Scheckverkehr, Zahlungsverkehr nach dem In- u. Auslande. Finanzielle Beratung.

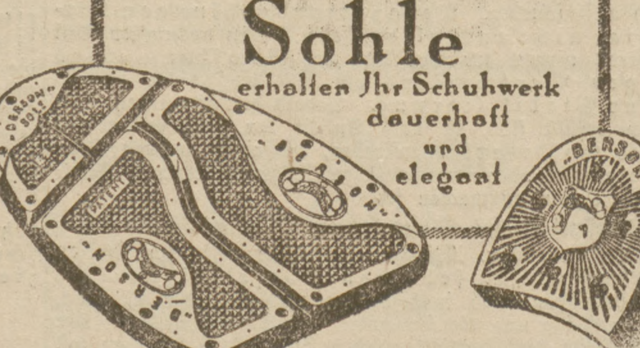
Bankverbindungen:

Poznań, Wjazdowa 3; Bydgoszcz, Gdańska 162. } Posensche Landesgenossenschaftsbank.

BERSON

Gummiabsatz und Sohle

erhalten Ihr Schuhwerk dauerhaft und elegant



Berson-Kauczuk (Sp. z ogr. odp.)
Centrala: Kraków, Straszewskiego 2

Spielplan des Großen Theaters.

Sonnabend, den 11. 11., abends 7 Uhr: „Straszny Dwór", Oper von St. Moniuszko.

Sonntag, den 12. 11., nachm. 3 Uhr „Carmen", Oper von Bizet. (Preisermäßigung).

Sonntag, den 12. 11., abends 7 Uhr: „Maskenball", Oper von Verdi.

Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski, ulica Fredry 1.

Wanderspiele.

Dienstag, den 14. November, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des Evang. Vereinshauses:

Der zerbrochene Krug.

Lustspiel von Heinrich v. Kleist. [10066

Kammerspiel im kl. Saale des Ev. Vereinshauses.

Karten zu 1000 und 500 Mk. bei Gumnior, Viktoriastr., Ecke St. Martinstr.

Offerieren [429

31—32% deutsche Kalisalze

unter Garantie sofortiger Lieferung

Poznański Bank Ziemian

Oddział Rolniczo-Handlowy Centrale Poznań, ul. Podgórna 10, Hochpart.
Filialen: Warszawa, Bydgoszcz, Grudziądz, Leszno, Ostrów.

Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitsrechte, Posen.
Abteilung Frauenbund.

Mittwoch, den 15. November 1922, vorm. um 11 Uhr, im Saale des Vereins junger Kaufleute, Plac Wolności

Deutscher Frauentag.

Die Frau als Volksbildnerin.

(Vortrag und Aussprache.)

Eintritt frei! **Eintritt frei!**

AUTOPNEUS,

Leichtbenzin [427

sowie jegliches Autozubehör

offeriert zu billigsten Preisen

Brzeski Auto T. A.,

Poznań, ul. Skarbowa 20.

Hilfsverein deutscher Frauen, Posen.

Donnerstag, den 16. November 1922 nachmittags um ½5 Uhr im Saale des Vereins junger Kaufleute, Plac Wolności

Tee

Ausstellung und Verkauf von Handarbeiten.

Eintrittskarten zu 500 M. in der Geschäftsstelle, Wały Leszczyńskiego 2.

Ankäufe u. Verkäufe

Nußb.-Büfett, Spiegel u. andere Möbel, auch Antike zu kaufen gesucht. Off. unt. 10057 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Schaufenstereinrichtung wie Metallstellagen mit Gläsern, Ständern usw. **zu kaufen gesucht.** Angebote unter 10060 an die Geschäftsstelle dieses Blattes

---

Wohnungen

Deutsche Optanten!

Eine 2 u. eine 3 Zimm.-Wohnung geg. eine gleiche, am liebsten in Birnbaum, zu tauschen gesucht. Off. an Herrn M. Langowicz in Zirke, ul. Poznańska oder St. Koret, Gladbeck i. W., Bismarckstr. 61. [10[0]9

Ausschneiden!

Geprüfter

Klavierstimmer.

Max Warschewski

Poznań, ulica Traugutta 8.

Entwurf und Ausführung von

Garten- u. Parkanlagen

Gewächshausbauten

Umänderung bestehender Gärten nach neuzeitlichstem Stil

Ratert eilung in sämtlichen gartenkünstlerischen Fragen. [10069

Karl Paczkowski,

Garten-Architekt,

Poznań, ul. Mickiewicza 15.

„Die Warte".

Der von den **Deutschen** in Polen gern gelesene **Kalender** ist für **1923** erschienen. Er bringt auf 160 Seiten eine Fülle von Unterhaltungsstoff, belehrender Artikel und zahlreiche Illustrationen.

Vorzugspreis bis 15. November Mk. 600,—
Danach wegen Geldentwertung „ 750,—
Wiederverkäufern Rabatt.

Bestellungen erbittet [10073

Das Verlagshaus „Kompas"

Lodz, Nawrot Nr. 26.

Altpapier

Abschnitte, Kontobücher, Kopierbücher, Zeitungen, Korbabfälle usw.

zu günstig. Preisen kaufe laufend für die **Wielkopolska Papiernia Tow. Akc.**

Józef Kasprzak

Poznań, plac Wolności 14, Tel. 56—07.

Suchen Sie Käufer? [1020

Für festentschlossene zahlungsfähige Käufer suchen wir **Güter, Landwirtschaften, Ziegeleien, Fabriken, Geschäfts- und Hausgrundstücke** sowie Geschäfte aller Art.

Meckelburg & Co.

Handelsfirma, Zentrale Poznań, Jeżyce, ul. Patr. Jackowskiego 35

Landwirt. 58 J., evgl., in guten Verhältnissen, sucht

Lebensgefährtin

im Alter von 45—55 J. Witwe ohne Anhang bevorzugt. Gefl. Ang. u. 10044 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Möbeltaxen

auch außerhalb prompt und gewissenhaft führt aus **Max Bernhardini,** Möbelhändler, Aleje Marcinkowskiego 3 b.

Beyers

Handarbeits-Vorlagen

für Haus und Schule

sind unentbehrliche Musterhefte für geschmackvolle Handarbeiten

Vorlage I Kreuzstichkanten / Vorlage II Häkelmuster / Vorlage III Zierstiche aller Art
Vorlage IV Kanten für Buntstickerei / Vorlage V Einfache Schiffchenspitzen
Vorlage VI Moderne Alphabete für Weißstickerei / Vorlage VII Moderne Alphabete für Kreuzstich
Vorlage VIII Motive für Buntstickerei / Vorlage IX Motive für Kreuzstich
Vorlage X Filet-Muster / Vorlage XI Vorlagen für Weißstickerei

Zu haben bei: Leonhard Pfitzner, Poznań, Ul. Grobla 25a.

Achtung!

Wir suchen für kaufkräftige Käufer

Rittergüter, Güter und Wirtschaften jeder Größe, Mühlen, Sägewerke, Häuser und Hotels.

Wer seine Besitzung vorteilhaft und nur gegen volle Auszahlung verkaufen will, der wende sich vertrauensvoll mit genauer Beschreibung des Objektes sowie äußerster Preisangabe an das

Kommissions-Büro [9985

E. Dłużewski i Ska.,

Poznań, Słowackiego 46. Telephon 3729.
Filiale: Szamotuły, Klasztorna 10. Telephon 64.

---

1 Rohöl-Motor

30—40 PS. (auch ander. System) gebraucht, im Betriebe, zu kaufen ges.

T. Leszczyński, Rybnik, O.-S., Sohrauerstraße 14.

Verkaufe **Wolfshündin**, 10 Monate u. einen **Spitz**, 1½ Jahr, sehr wachs. **Becker, Tarnowo, Poznań** (10068

„Kino"

Gut gehendes **Geschäft** in Berlin, evtl. mit Wohnung zu verkaufen. Off. unt. P. G. 1147 an **Rudolf Mosse, Berlin,** Bornholmer Str. 1.

Fensterglas

in allen Sorten,
Glaserkitt, Glaserdiamanten, Bilderleisten
liefert **C. Zippert,** Gniezno.

Grauen Haaren

gibt die Naturfarbe unter Garantie wieder

„Axela" Haar-Regenerator

Flasche 750 Mk. bei **J. Gadebusch, Poznań,** Nowa ul. 7 od. Axela G. m. b. H. Berlin SW Friesenstr. 24 Ecke Arndtstr. Drogerie.

Frei- u. Dienst- **Marken** kauft zu 100 — Mk. deutsch per 1000 —

A. dr. Kohler, Stuttgart, Neckarstr. 26.

Sonntag, 12. November 1922. **Posener Tageblatt.** Erste Beilage zu Nr. 257

Achtung, deutsche Wähler der Stadt Posen!

Für die Wahlen zum Senat am 12. November sind in der Stadt Posen folgende Auskunftsstellen eingerichtet:

1. Gemeindehaus der Kreuzkirche Grobla 1, für Stimmbezirk 1—9 und 15—21.
2. Gemeindehaus der Petrikirche, św. Józefa 2, für Stimmbezirk 10—14, 33—38.
3. Geschäftsstelle des Deutschen Wahlausschusses Wały Leczczyńskiego 2 für Stimmbezirk 22—32.
4. Geschäftsstelle des „Posener Tageblattes", ul. Zwierzyniecka 6, für Stimmbezirk 68—70, 77.
5. Gemeindehaus der Matthäi-Kirche, ul. Wierzbięcice 45, für Stimmbezirk 39—53.
6. Gemeindehaus der Christuskirche, ul. Spokojna, für Stimmbezirk 54—67.
7. Gemeindehaus der Lukaskirche, ul. Szamarzewskiego, für Stimmbezirk 71—76 und 78—85.

Diese Auskunftsstellen sind an den Wahltagen **in der Zeit von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends geöffnet.** Dort sind **Stimmzettel** zu haben! Dort werden **alle Auskünfte** über die Wahlen gegeben!

Deutscher Wahlausschuß Posen
Wały Leszczyńskiego 2.

Die Vielen und die Wenigen.

Man kann die Menschen in zwei Klassen einteilen: die Vielen auf der einen, die Wenigen auf der anderen Seite; die Masse hier, die Ausnahmen dort. Auf seiten der großen Menge, der „Herren Omnes", wie Luther sie nannte, steht die Gewohnheit, die Mode, die Denkfaulheit, die Unselbständigkeit. Herdenmenschen handeln, wie sie handeln, weil's die andern auch so machen, weil's Stand, Zeitgeist, vielleicht auch die Tageszeitung, die Partei es fordert, weil's einmal dazu gehört, wenn man nicht rückständig sein will. Dieses Massenprinzip hat eine unheimliche Macht, es reißt alle schwachen Gemüter mit sich fort, es schlägt die größte Mehrzahl der Jugendlichen in seinen Bann, denn niemals ist man so empfindlich gegen den Schein, unmodern zu sein, wie in der Jugend. Im Grunde genommen ist's eine Handvoll Literaten, die die Zeitmeinung macht, wie eine Handvoll Pariser Halbweltdamen, die den Frauen und Töchtern Europas vorschreiben, wie sie sich zu kleiden haben, — und die große Menge läßt sich willenlos gängeln.

Und die anderen: die Selbständigen, die Denkenden, die Mutigen, die es wagen, gegen den Strom zu schwimmen? die tapfer genug sind, um nicht alles mitzumachen? — Der Weg ist schmal, auf dem sie gehen, und wenig sind ihrer, die ihn finden! Aber auf ihrer Seite pflegen die Wahrheit und das Recht zu stehen.

Jesus stellt uns an einen Scheideweg: links geht die bequeme Chaussee, breit, eben, viel befahren und viel begangen, und ein Strom von Menschen wälzt sich darauf hin; rechts ein schmaler Fußpfad, schwer zu finden, steinig, steil ansteigend, und nur wenige Fußtapfen sind in ihn eingedrückt. Wähle! Dort der Weg der Massen, der ins Verderben, hier der Pfad der Wenigen, der ins Leben führt!

Aber ich weiß, welchen Weg ich zu gehen habe! Ich suche die Fußspuren Jesu, dem nachzufolgen ein Leben ist — und die sind auf dem schmalen Wege, und nun gehe ich den schmalen Weg, an dessen Ende die enge Pforte zum Leben sich öffnet — und „lasse still die andern breite lichtvolle Straßen wandern". — Jesu, geh voran! **D. Blau-Posen.**

Wahlkalender.

12. November. Abstimmung für den Senat.

13. November. Sitzung der Wahlkreiskommission zwecks Feststellung des Ergebnisses der Sejmwahlen. (Art. 87, Abs. 1 und Art. 115 f.)

20. November. Sitzung der Wahlkreiskommission zwecks Feststellung des Ergebnisses der Senatswahlen. (Art. 87, Abs. 1 und Art. 115 f.) (Dz. Ust. R. P. Nr. 81 vom 29. September 1922, Poz. 724.)

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 11. November.

Auf zur Senatswahl!

Morgen, Sonntag, finden die Senatswahlen statt, und zwar ebenso wie die Sejmwahlen des vergangenen Sonntags in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends. Die Wahlen finden in denselben Wahllokalen statt wie die des vorigen Sonntags. Der Wahlakt vollzieht sich genau in derselben Weise wie das letzte Mal, so daß sich eine nochmalige Beschreibung erübrigt. Hinsichtlich der Wahlberechtigung gelten jedoch andere Bestimmungen als für die Sejmwahlen. Morgen sind nur alle Einwohner männlichen und weiblichen Geschlechts berechtigt, sofern sie am Tage der Ausschreibung der Wahlen das 30. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahre in Posen angesessen sind. Weitere Voraussetzung ist wie immer, daß der Name des Wahlberechtigten in der Wählerliste enthalten ist, wofür wieder Voraussetzung ist, daß man polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität (nicht also Reichsdeutscher) ist. Um sich über seine Persönlichkeit ausweisen zu können, empfehlen wir dringend die Mitnahme des Personalausweises (Wykaz osobisty). Auch am morgigen Sonntag werden deutsche Auskunftsstellen über die Stadt verstreut eingerichtet sein, bei denen jedermann auf die Wahlen bezügliche Auskunft erhalten kann. Und nun auf zur Senatswahl, zu der man möglichst früh, d. h. am besten schon am Vormittag gehen soll. Die Wahlparole für morgen lautet:

Wählt die Liste 16.

Novembernebel.

Sang- und klanglos hat sich diesmal der Übergang aus dem Sommer in den Herbst vollzogen. Statt der schönen sonnigen Tage des scheidenden Herbstes hatten wir Regen und wieder Regen, und dann setzte der Herbst gleich mit einer ungewöhnlich niedrigen Temperatur ein, die sich bedenklich um Null herum bewegte und uns sogar mehrere Grade Nachtfröste hintereinander brachte. Der Übergang vollzog sich mithin jäh, und die meisten Sterblichen, die ihre Hoffnung noch auf das weiße Gespinst des sog. Altweibersommers stützten, sahen sich enttäuscht. Denn er blieb ganz aus oder zeigte sich doch so wenig, daß nur die wenigsten ihn bemerkt haben, während er sonst sich bis zu einer Woche lang auf Wegen und Stegen an unseren Hüten und Kleidungsstücken festheftete. Und nun haben wir die erste „Dekade" des November bereits hinter uns. Seit etlichen Tagen bedeckt dichter Nebel das Erdreich und zieht dem in die Ferne schweifenden Blick aus noch so schönen Augen bedenklich enge Grenzen, so daß man von der Caponnière aus nicht einmal die Straßenbahnzüge erkennen kann, die über die Theaterbrücke hinwegsausen. Wir haben also die von vielen wenig freudig begrüßten Novembernebel, unter denen ihr Gemüt schwer seufzt und leidet, und die diesem Grau in Grau das Frostwetter von einigen Graden vorziehen. Der Novembernebel birgt außerdem gewisse Gefahren in sich, die dem Verkehr drohen und Zusammenstöße von Fuhrwerken und Verletzungen von Fußgängern, besonders alten Leuten, mit sich bringen. Im Hinblick auf diese Mißstände muß unter allen Umständen gefordert werden, daß die Vorschrift, nach der sämtliche Fuhrwerke mit Einbruch der Dunkelheit zu beleuchten sind, wieder allgemein beachtet wird. Es kann und darf nicht in das Belieben des Einzelnen gestellt werden, ob er sein Fuhrwerk, ja sogar seinen Kraftwagen beleuchten will oder nicht. Manche Lenker von Fuhrwerken scheinen überhaupt der ganz und gar nicht zutreffenden Meinung zu sein, als ob die Verkehrsstraßen nur ihrethalben, nicht aber auch der Fußgänger wegen da seien. Von dieser irrigen Auffassung wurde dieser Tage ein kühner Jüngling von etwa 15 Jahren etwas handgreiflich geheilt, der unbekümmert um die Gefahren an der ul. Wjazdowa (fr. Berliner Tor), die das Zusammenströmen von zahlreichen Fuhrwerken aus den in der Nähe des Schlosses mündenden Straßen und dem starken Straßenbahnverkehr, mit seinem leeren Lastwagen nach der Bahnhofsrichtung fuhr und hierbei einen Arbeiter so unsanft streifte, daß dieser zu Boden fiel. Aber sich aufraffen, dem Jüngling die Peitsche aus der Hand reißen und den Stiel etliche Male auf ihn niedersausen lassen war das Werk eines Augenblicks. Diese prompte Selbsthilfe zeitigte einen geradezu glänzenden Erfolg. Denn der Jüngling kletterte, nachdem er die etwas empfindliche Pädagogik seines Gegners an seinem Leibe empfunden hatte, vom Wagen herab, säuberte den Mann von dem Straßenschmutz und schwang sich dann befriedigt auf seinen Kutschersitz wieder hinauf. hb.

Beachtenswerte Ratschläge und Mahnungen veröffentlicht der Kreislandbund Tuchel—Zempelburg im Verbandsorgan, dem „Landbund". Es heißt darin:

Das Kleben der Karten für die Invaliditäts- und Altersversicherung in Polen ist auch für alle etwa nach Deutschland Abwandernden und für die Optanten von großer Wichtigkeit, da die hier in Polen geklebten Marken auch in Deutschland, dagegen die in Deutschland geklebten Versicherungsmarken in Polen anerkannt werden. Niemand versäume deshalb, regelmäßig seine Marken zu kleben. Jedermann verwahre sorgfältig die vollgeklebten Karten, damit er bei etwaiger Verlegung seines Wohnsitzes nach Deutschland nicht etwa wieder von vorne anfangen muß. Jede vollgeklebte Karte bedeutet bares Geld für die Zukunft! Festhalten am Besitz ist heute in der Zeit der Entwertung aller Zahlungsmittel die beste Kapitals- und Vermögensversicherung. Festen Wert hat nur der Besitz, die Ware. Darum Landwirt, sitze fest auf deiner Scholle! Zeitgemäß versichern ist Pflicht jedes gewissenhaften Besitzers. Ruhig schlafen kann nur der, der etwa mit dem Tausendfachen des Vorkriegswertes versichert ist.

Die landwirtschaftlichen Herbstlehrlingsprüfungen 1922.

Der Hauptverein Deutscher Bauernvereine berichtet über die in diesem Herbst von ihm veranstalteten landwirtschaftlichen Lehrlingsprüfungen in der neuesten Ausgabe des Landwirtschaftlichen Zentralblatts" folgendes:

Die Ereignisse in den letzten Jahren haben auch auf wirtschaftlichem Gebiet große Umwälzungen verursacht und die Landwirtschaft blieb davon nicht verschont. Ihre Lage ist bei weitem nicht mehr so glänzend, wie es vordem der Fall war. An das Wissen und Können des Einzelnen werden heute höhere Ansprüche gestellt wie vordem. Nur der Tüchtige kann unter diesen veränderten Verhältnissen bestehen. Dem trägt der Hauptverein der deutschen Bauernvereine Rechnung, und er hat sich daher zur Aufgabe gemacht, für die Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses Sorge zu tragen und sie zu überwachen. Die Wichtigkeit einer gründlichen Ausbildung der jungen Landwirte und die Ablegung einer Abschlußprüfung, wie in jedem anderen Berufe, ist heute allgemein anerkannt, und die Meldungen zu den Prüfungen nehmen ständig zu. So fanden auch in diesem Herbst wieder zwei Lehrlingsprüfungen statt, und zwar:

1. am 12. Oktober in Ludwiniec, Kreis Mogilno, Besitzer Freiherr von Rheinbaben, Verwalter Administrator Tapper;
2. am 21. Oktober auf der Majoratsherrschaft Sobótka, Kreis Pleschen, Besitz des Herrn von Stiegler.

Zur Prüfung in Ludwiniec hatten sich 7 Prüflinge gemeldet, von denen 6 erschienen. Die Prüfungskommission setzte sich zusammen aus:

1. Rittergutsbesitzer Stübner-Wierzchosławice,
2. Güterdirektor Kiock-Markowice,
3. Direktor Baumann-Inowrocław.

Das Prüfungsergebnis ist folgendes: Es bestanden sämtliche Prüflinge, und zwar:

1. Rudolf Keibel, Sohn des Amtsrats Paul Keibel, ehemals Domänenpächter in Gr.-Münche, Kreis Birnbaum; Lehrherr: 1. Paul Keibel-Gr.-Münche (1 Jahr), 2. Frhr. von Massenbach-Konin, Kreis Pinne (1 Jahr). Er bestand die Prüfung mit „gut".

2. Gerhard Staemmler, Sohn des Superintendenten, Geh. Konsistorialrat Staemmler-Posen; Lehrherr: 1. Administrator Schwerdtfeger-Poln.-Jersitz, Besitzer von Wedemeyer (½ Jahr); 2. Rittergutsbesitzer Franke-Gądacz, Kreis Bromberg (1½ Jahr). Er bestand die Prüfung mit „gut".

3. Ernst Schoeneich, Sohn des Rektors Schoeneich-Grabowen, Kreis Goldap (Ostpr.); Lehrherr: 1. Gutsbesitzer Doering-Erlau bei Nakel, 2. Administrator Erich Spitzer-Zegartowic, Kreis Kulm. Er bestand die Prüfung mit „gut".

4. Bernhard Ursel, Sohn des Landwirts Jakob Ursel-Jerzykowo, Kreis Mogilno; Lehrherr: 1. Jakob Ursel (1½ Jahre), 2. Oberinspektor Binder-Lachmirowice, Kreis Strelno (½ Jahr). Er bestand die Prüfung mit „genügend".

5. Wilhelm Fiebig, Sohn des Landwirts Friedrich Fiebig in Steinort (Strumiany), Kreis Gostyn); Lehrherr: 1. Friedrich Fiebig, 2. Rittergutsbesitzer von Eberlein-Olszewie, Kreis Inowrocław (½ Jahr). Er bestand die Prüfung mit „genügend".

6. Otto Henze, Sohn des Besitzers Gustav Henze-Nowydwór; Lehrherr: 1. Gustav Henze, 2. Rittergutsbesitzer Kunkel in Suchurączek, Kreis Sępolno. Er bestand die Prüfung mit „genügend".

In Sobótka unterzogen sich der Prüfung 6 Prüflinge, von denen 3 die Prüfung bestanden. Die Prüfungskommission setzte sich hier zusammen aus folgenden Herren:

1. Rittergutsbesitzer Becker-Borucin,
2. Administrator Paetzold-Piotrkowice,
3. Dr. Koenigk-Posen.

Das Prüfungsergebnis ist folgendes:

1. Viktor Maentel, Sohn des Kaufmanns Oskar Maentel-Krotoschin; Lehrherr: Administrator Hugo Wagner-Noskow, Kreis

Zu Heinrich Schütz' 250. Todestage.

Am 6. November sind es 250 Jahre gewesen, daß einer der größten deutschen Komponisten nach einem langen arbeits- und wechselreichen Leben seine Augen schloß: Heinrich Schütz. Wenn gegenwärtig in Deutschland dieser Erinnerungstag in Kreisen von Musikfreunden festlich begangen wird, so geschieht dies aus einem tieferen Grunde, als dem, der den jetzt üblich gewordenen Erinnerungsfeiern häufig zum Anlaß dient. Heinrich Schütz ist nicht nur der große Vorläufer Joh. Sebastian Bachs im 17. Jahrhundert, als welcher er in der Regel nur in breiterer Öffentlichkeit bekannt ist, er ist auch nicht nur der große Bahnbrecher des neuen sogenannten konzertierenden Stiles in Deutschland, nicht nur der Komponist der ersten deutschen Oper gewesen, seine gewaltigen Motetten und Psalme, seine geistlichen Konzerte sind von solch unvergänglicher Schönheit und Kraft des Ausdrucks, daß sie heute so wirkungsvoll und faßlich sind wie die in breite Kreise der Musikfreunde gedrungenen großen Werke von Bach und Händel. So manche Aufführungen großer Gesangvereinigungen der letzten Jahrzehnte haben in wechselndem Maße erwiesen, wie lebendig und verständlich, wie edel und unveraltet die Musik dieses Meisters ist, der am Anfang eines neuen musikalischen Stiles wohl steht, in manchem noch tastend und grob erscheint, aber wie kaum einer das Schopenhauersche Wort bestätigt, daß die Kunst immer von heute ist. Sind die Werke von Schütz nun wohl nicht mehr ganz unbekannt und nur auf einen engen Kreis von Musikhistorikern beschränkt, so gilt es doch, ihn in weit stärkerem Maße zum lebendigen Besitz jedes ernsten Musikfreundes zu machen. Wie kaum ein älterer Komponist, ist er geeignet, mit vielen seiner schlichten Konzerte auch bei geringen Mitteln zu wirken. Viele seiner großen deutschen Motetten aber gehören wohl zu dem Grandiosesten, das musikalisch je geschaffen wurde. Manchem wird die Motette über „Saul, was verfolgst du mich" für einen sechsstimmigen und zwei vierstimmige Chöre nebst Orchester in Erinnerung sein. Freilich wird in der Aufführungspraxis selbst von den feinsinnigsten Dirigenten immer noch gefehlt, nicht anders, wie es früher bei den Werken Bachs der Fall war. Und doch geben diese großen Chorwerke des 17. Jahrhunderts ihre ganze hinreißende Gewalt nur her, wenn man die Aufführungsregeln jener Zeit kennt, einer Zeit, die in vielem der unsern verwandt erscheint, in Orchesterfarben, in starken Kontrasten schwelgt und neben Schlichtestem sich an dem Aufwand riesenhafter Mittel berauscht. Im 17. Jahrhundert waren Kompositionen für sechs Singchöre und sechs Orchester mit verschiedensten Klangfärbungen keine Seltenheit. Und nun muß man sich diese Chöre und Kapellen räumlich getrennt aufgestellt denken, um die überwältigende Wirkung zu verstehen, die von solchen Werken ausgehen kann. Es ist Barockkunst im besten Sinne. Wir haben den Barock in der bildenden Kunst und Architektur wieder verstehen und schätzen gelernt, und seine bleibenden Werte in der Musik sollten darüber nicht vergessen werden.

Es ist die Zeit des Dreißigjährigen Krieges in Deutschland, wo der neue Stil des begleiteten Sologesanges über die weltliche Musik, die Oper, in die Kirchenmusik eindrang, die neuen Formen des Kirchenkonzertes, des Motetto concertato und bald der Kantate schuf und für die praktische Ausführung eine neue Grundlage aufstellte. Aber mit dem neuen Ausdrucksmittel drang ein neues Pathos in die Musik. Die ganze zwiespältige, spannungsreiche Zeit, voller Gegensätze: Härte und Weichheit, Verwilderung und Strenge, Formlosigkeit und Förmlichkeit, fanatische Gläubigkeit und überschwängliche Weltfreudigkeit, Abenteurertum und Mystik, sie ist auf allen Gebieten ein Zusammenbruch der mittelalterlich-geschlossenen Welt, ein Chaos einander widersprechender Gewalten. Und dieses von einem dunklen, todesernsten Grund getragene Pathos spricht sich auch in der Musik aus: in der neuen Grammatik der Melodieführung, in rhythmischem und klanglichem Kontrastreichtum, in dem oft krassen Realismus der musikalischen Bilder, in der Art, wie oft Wort für Wort des Textes realistisch ausgedeutet wird, und nicht zuletzt in dem Hervortreten des Einzelnen aus der kirchlichen Gemeinde, des Solisten aus dem Chor. Ein dramatisches Element kommt in die kirchliche Musik, das zur Kantate zur oratorischen Passion, zum Oratorium selbst führt.

Und mitten in dieser Zeit einer geistigen Wende lagen die Hauptlebensjahre von Heinrich Schütz, die ganzen dreißig Kriegsjahre waren die Jahre seines besten Mannesschaffens, auch ihn rissen sie wie so viele Künstler und Gelehrte aus der sicheren Wirkungsstätte in einem unruhigen, ungewissen Leben herum.

Schütz ist in Köstritz im Vogtlande 1585 geboren. Er gehörte zu jenen früher nicht seltenen Musikern, die voll auf der Höhe der geistigen Bildung ihrer Zeit standen. Er hatte mit Auszeichnung in Marburg Jura studiert, daneben aber die Musik, in der er seiner schönen Stimme wegen früh ausgebildet worden war, nicht vernachlässigt. Mit einem Stipendium ging er dann nach Venedig zu dem jüngeren Gabrieli und studierte hier vier Jahre jenen farbenprächtigen venetianischen Stil der alten klassischen Kunst, der sich des Wechselspiels antiphonierender Chöre als eines der Hauptausdrucksmittel bediente, um in den stillen, gehaltenen Ernst einen größeren Farbenreichtum und Gegensatz zu bringen, und zugleich schon seit langem eine Mitwirkung von Instrumenten bei dem Chorgesang kannte. In Venedig gab Schütz 1611 sein erstes Werk in Druck, eine Sammlung fünfstimmiger Madrigale. Nach dem Tode Gabrielis ging er nach Deutschland zurück. Zuerst nach Kassel, dann von dem Kurfürsten Johann Georg I. von Sachsen berufen, nach Dresden, wo er das Amt des kurfürstlichen Kapellmeisters erhielt. Früh geehrt und geschätzt, vertrieben ihn doch der Dreißigjährige Krieg und die Auflösung der Kapelle wieder nach Venedig, wo er 1628 aufs neue das musikalische Studium begann. Inzwischen war hier durch Monteverdi der neue monodische Stil zur Anerkennung gelangt, und Heinrich Schütz nahm ihn in sein eigenes Schaffen als neues Ausdrucksmittel mit auf. Dort erschienen das zweite Buch seiner Motetten unter dem Namen Symphoniae saccrae. 1634 endgültig nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er von den wechselnden Ereignissen des Dreißigjährigen Krieges von Ort zu Ort getrieben und weilte kürzer oder länger in Dresden, Lüneburg, Kopenhagen, Braunschweig, um schließlich mit dem Frieden nach Dresden zurückzukehren, wo er noch bis zu seinem Tode 1672 das Amt als kurfürstlicher Kapellmeister versehen konnte. Von seinen Kompositionen seien die „Psalmen Davids", die mehreren Teile der „Symphoniae sacrae", die „Kleinen geistlichen Concerte" zu ein bis fünf Stimmen, seine „Geistliche Chormusik" erwähnt. Auch Passionen und eine Historie von der Auferstehung Jesu Christi, Vorläufer der um die Mitte des 17. Jahrhunderts auch in Deutschland aufkommenden oratorischen Passion und des Kirchenoratoriums, sind von ihm erhalten. Er schrieb, wie schon erwähnt, die erste deutsche Oper auf den von Opitz frei übertragenen Text der Daphne von Rinuccini.

Rauschning.

Jaretschin, Besitz des Herrn Hauptmann Fischer von Mollard. Er bestand die Prüfung mit „gut".

2. Alfred Kuehne, Sohn des Gutsbesitzers Paul Kuehne-Horlau, Kreis Rawitsch; Lehrherr: 1. Paul Kuehne und 2. Hauptmann a. D. Fuernrohr auf Carlshof bei Gnesen. Er bestand die Prüfung mit „gut".

3. Hans Strehmel, Sohn des Landwirts Karl Strehmel-Drzznik; Lehrherr: 1. Oberinspektor Panthke-Lubosin, Besitz des Herrn von Rège, 2. Oberinspektor Ristow-Chelmno, Besitz des Herrn von Lehmann-Nitsche. Er bestand die Prüfung mit „genügend, teils gut".

Provinziallandtag.

Am Freitag, 10½ Uhr vormittags, begann die vierte Sitzung des Provinziallandtages. Der Berichterstatter des Finanzhaushalts- und des Rechtsverwaltungsausschusses, Kliński, legte einen Antrag vor, der dahin lautet, den Verwaltungsbericht der Landesdarlehnsbank, die nach Meinung der Ausschüsse bestehen bleiben müsse, bis die deutschen Hypotheken geregelt sind, zur Kenntnis zu nehmen. Der Antrag wurde angenommen. Der Vertreter des Landeshauptmanns, Hubert, teilte dann mit, daß das Umsatzkapital der Landesdarlehnsbank in diesem Jahre 1600 Millionen betragen habe, und daß die Verwaltung aus den vom Ministerium dem hiesigen Teilgebiet überwiesenen Fonds 220 Millionen aufgenommen habe. Die Bank ist im Zusammenhang mit dem Gesetz über den Ausbau der Städte mit dem Finanzministerium in Beziehungen getreten und hat einen Kredit von 2 Milliarden erworben. Für das nächste Jahr besteht die Hoffnung, daß sie ein Investitionskapital von 4 Milliarden für Bauzwecke erhalten wird. Auf Antrag des Rechtsverwaltungs- und Finanzhaushaltsausschusses wurde beschlossen, den Verwaltungsbericht des Posener Provinzial-Kommunalverbandes zur Kenntnis zu nehmen und den Rechtsverwaltungsausschuß damit zu beauftragen, einen Unterausschuß aus vier Mitgliedern zu bilden, der die Verwaltung der Anstalten zu prüfen und dann dem Landtag Bericht zu erstatten hat. Der Rechtsverwaltungsausschuß stellte fest, daß sich die Selbstverwaltungswirtschaft auf finanzielle Autonomie stützen muß. Die mit den Selbstverwaltungen Pommerellens und Schlesiens und mit der Regierung über Wohltätigkeitsanstalten geführten Verhandlungen gestatten die Annahme, daß diese Fragen günstig gelöst werden. Der Vertreter des Landeshauptmanns erklärte, daß sich der Tätigkeitsbereich der Landesversicherungsanstalt bedeutend erweitert und auch Pommerellen umfaßt habe. Darauf wurde eine Entschließung des Rechtsverwaltungsausschusses angenommen, der dahin lautet, von den aus der Zwangsverwaltung des früheren preußischen Teilgebiets erlangten Staatskrediten einen entsprechenden Anteil für Zwecke der Verwaltung der Provinzialanstalten abzusondern. Auf Antrag des Geschäftsausschusses und des Finanzhaushaltsausschusses wurde beschlossen, die Zahl der Landesräte von 10 auf 13 zu erhöhen.

Nach Annahme eines weiteren Finanzantrages kam der Bericht des Reglementsausschusses über die Festsetzung des Reglements des Landtages zur Sprache. Es entspann sich hierüber eine Aussprache zwischen dem Vertreter des Landeshauptmanns und dem Wojewoden, der Erweiterung der Rechte des Regierungskommissars forderte. Der Antrag des Wojewoden wurde abgelehnt und das durch den Ausschuß ausgearbeitete Reglement angenommen. Ohne Erörterung wurde dann ein Antrag des Finanzhaushaltsausschusses über die Festsetzung des Budgets der Landes-Feuersozietät für das Jahr 1923 auf mehr als 5 Milliarden angenommen. Auf Antrag des Rechtsverwaltungsausschusses, über den Dr. Piechocki referierte, wurde beschlossen, daß sich der Provinziallandtag für zuständig erklärt, den Landeshauptmann auf 5 Jahre zu wählen. Der Provinzialausschuß soll bis zum 1. Dezember die Wahl des Landeshauptmanns vorbereiten und die Kandidatenliste aufstellen.

Ein Musterhauswirt.

In einem Hause auf der ul. Patrona Jackowskiego (fr. Kollendorfstraße) hat sich der Hauswirt gegenüber einem Mieter einen unerhörten Übergriff erlaubt. Zwischen dem Hauswirt und einer Mieterin fand vor ungefähr vier Wochen auf dem Mietseinigungsamt ein Termin statt wegen zuviel abverlangter Miete und Wassergeld. Es wurde festgestellt, daß bereits zuviel Miete bezahlt war, und daß der Betrag des Wassergeldes so hoch sei, daß er bis zum 1. Januar ausreiche. Nichtsdestoweniger erschien am 1. November der Hauswirt in der Wohnung und verlangte von neuem Zahlung des Wassergeldes. Die anwesende Tochter der Mieterin, Frl. S., erklärte, daß sie das Geld nicht zu geben brauchten, da das Mietseinigungsamt erklärt habe, daß der bezahlte Betrag bis zum 1. Januar ausreiche. Hierauf beschimpfte der Hauswirt und das in seiner Begleitung befindliche Dienstmädchen das Frl. S. und packte sie so fest am Arme, daß sie davon blaue Flecke bekam. Am 7. November erschien er nochmals in Begleitung der Haushälterin und verlangte wieder Zahlung von Miete und Wassergeld. Da die Zahlung verweigert wurde, so erklärte er unter Beschimpfungen, dann würde er das Wasser absperren. Dies führte er auch wirklich aus. Zwei Tage lang war die Wasserleitung gesperrt, dadurch wurde auch die darüberliegende Wohnung in Mitleidenschaft gezogen, denn auch dort gab es kein Wasser. Schließlich wurde von beiden Mietern die Polizei geholt, zwei Schutzmänner kamen, und einer von diesen sah, wie der Hauswirt gerade den Wasserhahn abschraubte, um die Zuleitung des Wassers zu der betreffenden Wohnung ganz zu verhindern. Der Schutzmann verbot ihm dies und veranlaßte, daß die Hähne geöffnet wurden. Gegenüber der Polizei wagte der Hauswirt keinen Widerstand und öffnete wieder die Wasserleitung. Dies Verhalten ist nur ein einzelner Fall in den Übergriffen, die dieser Hauswirt fortwährend gegen seine Mieter, und namentlich gegen die ihm verhaßte Frau S. begeht.

Die Störungen in der Belieferung mit elektrischem Licht. Das Städtische Elektrizitätswerk bittet uns um die Veröffentlichung folgender Mitteilung: Infolge Verstärkung der Sicherungen im städtischen Kabelnetze, die sich mit Rücksicht auf die letzthin vorgekommenen Lichtstörungen als unumwunden notwendig erwies, ist das Städtische Elektrizitätswerk gezwungen, am Sonntag, dem 12. d. Mts., von früh 7 Uhr an die Stromlieferung für das Stadtgebiet einzustellen. Die einschlägigen Arbeiten, die erst nach Ausschaltung des Kabelnetzes vorgenommen werden können, werden voraussichtlich am selbigen Tage gegen 2 Uhr nachmittags beendet sein.

Die Vorlesung von Dr. Meister über E. T. A. Hoffmann am Freitag abend 6 Uhr fiel infolge eines Irrtums aus. Der Beginn dieser Vorlesungsreihe findet nun am nächsten Freitag 6 Uhr statt.

Großes Theater. Sonnabend: „Straszny Dwór" von Moniuszko, Sonntag nachmittag „Carmen" (ermäßigte Preise), Sonntag abend Verdis „Maskenball". Dienstag „Konrad Wallenrod".

Die Posener Gerhart Hauptmann-Feier, die vom hiesigen deutschen Theaterverein aus Anlaß des sechzigsten Geburtstags des Dichters veranstaltet wird, findet am kommenden Mittwoch, dem 15. November, im Saal des Zoologischen Gartens statt und beginnt pünktlich um 7 Uhr. Karten sind in beschränkter Zahl noch im Zigarrengeschäft Adolph Gumnior, Sw. Marcin, zu haben.

X **Immer noch nicht aufgeklärt** ist der Raubüberfall im Eisenbahnzuge auf den Direktor der Leinenfabrik Barczak aus Neustadt (nicht, wie irrtümlich angegeben, aus Thorn), der in der Nacht zum 26. Oktober im Zuge Posen-Bromberg hinter Inowrocław verübt wurde. Barczak wurde bekanntlich einer mehrer Millionen betragenden Geldsumme beraubt und aus dem Zuge geworfen; er ist dann einige Tage später im Krankenhause in Bromberg seinen schweren Verletzungen erlegen. Da es bisher noch nicht gelungen ist, den frechen Räuber zu ermitteln, so werden alle diejenigen Personen, die in der fraglichen Nacht zum 26. Oktober mit dem genannten Zuge gefahren sind und irgendwelche verdächtige Wahrnehmungen gemacht haben, die zur Ermittelung des Verbrechens führen können, gebeten, der Kriminalpolizei in Posen, die mit der Aufklärung des schweren Verbrechens beauftragt ist, davon Mitteilung zu machen.

X **Explosion.** Gestern explodierte bei Kujawa in der św. Marcin (fr. St. Martinstr.) ein Destillierapparat, ohne nennenswerten Schaden anzurichten. Die Feuerwehr war zur Hilfeleistung gerufen worden.

X **Wegen Verdachts des Spiritusschmuggels** wurden gestern hier vier Männer aus Pabianice bei Lodz festgenommen, die 90 Liter unversteuerten Spiritus bei sich führten.

X **Im Zeichen des Alkoholverbots.** Im Hausflur Ostrowek 6 wurde gestern ein offenbar an Alkoholvergiftung leidender Mann aufgefunden und auf ärztliche Anordnung dem Stadtkrankenhause zugeführt.

X **Unfälle.** Gestern mittag wurde in Górna Wilda (fr. Kronprinzenstr.) die Rybaki 28 (Fischerei) wohnende Agnes Kwiatecka von einem Fleischerwagen aus Schwersenz überfahren und am Gesicht und an den Beinen so schwer verletzt, daß sie dem Stadtkrankenhause zugeführt werden mußte. Wen die Schuld an dem Unglücksfalle trifft, ist noch nicht festgestellt. — Gleichfalls wurde gestern und zwar beim Rangieren auf dem Hauptbahnhofe der ul. Łąkowa 11 (fr. Wiesenstr.) wohnhafte, 29 jährige Arbeiter Stanislaus Zagrodski schwer verletzt, indem er zwischen zwei Wagen gedrückt wurde. Er mußte einem Krankenhause zur Behandlung überwiesen werden.

X **Ein guter Fang.** Gestern wurde in der ul. Garncarska (früher Töpfergasse) ein Einbrecher auf frischer Tat erwischt. Bei seiner polizeilichen Vernehmung gab er an, der Arbeiter Franz Maik aus Oberhausen, 25 Jahre alt und Anfang Juli aus Deutschland nach Polen eingewandert zu sein. Da es ihm nicht gelungen sei, irgendwelche Beschäftigung zu finden, so habe er bisher ausschließlich von Diebstählen gelebt. Er gab u. a. 7 in Wilda verübte Einbrüche zu. Die gestohlenen Sachen habe er an unbekannte Personen verkauft. Ferner will er in der Gegend von Lissa verschiedene kleine Diebstähle verübt haben. Auf der Fahrt von Posen nach Kurnik habe er einem Mitreisenden ein Paket mit 500 Zigaretten, Schokolade und zwei Damentaschen gestohlen. Während er die Zigaretten selbst rauchte, habe er die Schokolade und die Taschen an mehrere „Damen" verschenkt. Bei seiner Festnahme wurde bei ihm ein Dolch, ein geladener Revolver und mehrere Dietriche vorgefunden. Diese hat er bei der Verübung der Diebstähle stets bei sich getragen. Er wurde dem Untersuchungsrichter zugeführt.

X **Einbruchsdiebstahl.** Gestern wurden aus einem Schuhwarenladen in der ul. Marcelego Mottego 7 (fr. Gutenbergstr.) vier Paar schwarze Herrenstiefel, 2 Paar Damenlackschuhe, 2 Paar Saffiandamenlederschuhe und 2 Paar braune Schuhe im Werte von 300 000 Mark nach Einschlagen der Schaufensterscheibe gestohlen.

Wer keinen Stimmzettel erhalten hat, bekommt ihn in den Auskunftsstellen. Bei der Senatswahl werden die Stimmen wojewodschaftsweise zusammengezählt. Es kommt also auf jede Stimme an!

---

* **Graudenz,** 9. November. Wie s. Z. gemeldet, wurden am 3. März d. J. zwei Angeklagte, Michał und Jan Kamiński (Vater und Sohn) aus Bosowo, Kreis Schwetz, wegen Ermordung des Graudenzer Hausbesitzers Simon Dittmann von der hiesigen Strafkammer zum Tode verurteilt. Auf Grund eines Begnadigungsgesuchs wurde nunmehr vom Staatschef die Todesstrafe umgewandelt für Michał Kamiński (Vater) in lebenslängliches und für Jan Kamiński (Sohn) in 15 Jahre Zuchthaus. — Am Mittwoch gegen 11 Uhr vormittags wurde in der Umgegend von Tarpno, 300 Meter von der Trynka entfernt, der Leichnam des 13jährigen Sohnes des Chefs des hiesigen Steueramts, Schindler, aufgefunden. Der Knabe, der als einer der besten Schüler des hiesigen Gymnasiums galt, verließ am Dienstag abend im Verein mit einem Schulfreunde die elterliche Wohnung, nach der er nicht mehr zurückkehrte. Die Kleidung des toten Knaben ist beschmutzt und die Hände weisen Kratzwunden auf. Die Sektion des Leichnams ergab jedoch vorläufig keinerlei wichtigere Anzeichen eines gewaltsamen Todes. Ob ein Mord oder ein Unfall vorliegt, dürfte erst die weitere Untersuchung ergeben.

□ **Lissa i. Pos.,** 10. November. Rentner Adolf Schmädicke, Lissa, feiert am Dienstag, dem 14. d. Mts. seinen 70. Geburtstag. Der Jubilar war früher Buchdruckereibesitzer und Herausgeber des inzwischen eingegangenen „Lissaer Anz." Er gehört auch der neugewählten Stadtverordnetenversammlung als deutsches Mitglied an.

* **Mrotschen,** 7. November. Die deutsche Schule in Wiele hat aufgehört zu bestehen, nachdem alle Ansiedlerstellen von polnischen Nachfolgern besetzt sind. Nur zwei alte Besitzer verblieben in der Gemeinde, und es muß erst entschieden werden, nach welchem deutschen Nachbarorte ihre Kinder in die Schule gehen. In der deutschen Schule in Mrotschen wird seit einer Woche polnischer Unterricht erteilt. — Herr Wagner auf Schönhausen verkaufte sein Rittergut für 300 Millionen an einen Kongreßpolen; Frau Pinkus (Berlin) ihr Grundstück mit Eisenhandlung an Maximilian Krause für vier Millionen, S. Salomon (Berlin) sein Grundstück an den Schneidermeister Moczyński für 5 Millionen, und Bäckermeister Rapp sein Grundstück an seinen Schwiegersohn Reiter für 5 Millionen. Die Darlehnskasse und das Warenlager der Deutschen Vereinigung sind bereits in sein Grundstück verlegt worden.

□ **Obornik,** 10. November. Der Evangelische Frauenverein veranstaltet am Sonntag, dem 19. d. Mts., nachm. 5 Uhr im Schützenhause ein Wohltätigkeitsfest, dessen Einnahmen für das Krankenhaus und die Armenpflege bestimmt sind. Zum Sonntag gelangen Volkslieder in deutscher, russischer, polnischer und ukrainischer Sprache, heitere und ernste Vorträge, und das Liederspiel „Singvögelchen", auch für weitere Unterhaltung und Tanz, sowie für leibliche Genüsse ist gesorgt.

S. **Rogasen,** 10. November. Der Jahrmarkt am Freitag wies wieder einen starken Auftrieb an Pferden und Rindvieh auf. Der Umsatz war jedoch bei hohen Preisen gering, auch fehlte gutes Pferdematerial fast vollkommen. Trotzdem kein Krammarkt vorgesehen war, hatten sich sehr zahlreiche Händler mit Steingut, Schuh-, Schnitt- und Kurzwaren, Kleidungsstücken usw. eingefunden und es kam einiges Geschäft zustande. Das Wetter war angenehm und warm.

* **Samotschin,** 10. November. Ihre eigene Mitteilung über die Amtseinführung des Bürgermeisters Jozefowski stellt die „Samotschiner Zeitung" insofern richtig, daß alle Eingaben in polnischer Sprache zu beantworten sind. Der Starost hat auch nicht empfohlen, deutsche Eingaben in deutscher Sprache zu beantworten. Da der Bürgermeister aber der deutschen Sprache mächtig ist, ist dieser gern bereit, den deutschen Bürgern mündlich jede gewünschte Auskunft zu erteilen. (Die erste Nachricht klang auch gar zu schön, als daß man ihr hätte glauben können. Schriftltg. des „Pos. Tagebl.")

Aus dem Gerichtssaale.

Todesurteil.

* **Bromberg,** 10. November. Am 19. Dezember v. Js. wurde, wie seinerzeit berichtet, der Briefträger Stromala auf einer von Debenke nach Witoslaw führenden Landstraße am hellen Tage von einem Unbekannten überfallen und trotz der Nähe mehrerer auf dem Felde arbeitender Leute durch Kopfschuß ermordet. Der Täter raubte dem Ermordeten 300 M. und verschwand, ohne, wie er wohl geplant hatte, die Briefträgertasche ihres Inhalts berauben zu können. Einige Tage später gelang es der Polizei, den Mörder in der Person des unverheirateten 23jährigen Arbeiters Janasiak festzunehmen. Er gestand auch die Tat ein. Am Mittwoch hatte sich nun Janasiak wegen dieser Mordtat vor dem hiesigen Bezirksgericht zu verantworten. Vor Gericht war er geständig auch hinsichtlich mehrerer Diebstähle, die ihm gleichfalls zur Last gelegt wurden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zum Tode, zu 1½ Jahren Gefängnis, sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

* **Lodz,** 5. November. Das Lodzer Militärgericht verhandelte gegen den Soldaten Theodor Jekel, der angeklagt war, am 12. August in einem Walde in Raducz bei Skierniewice seinen Kameraden Julian Worokaj vermittels eines Steines und einer eisernen Schraube ermordet und um 5150 M. beraubt zu haben. Der Angeklagte war vor Gericht geständig und wurde zum Tode verurteilt. — Das Bezirksgericht verhandelte gegen einen gewissen Antoni Grzegorzewski, der angeklagt war, seine gewesene Geliebte Franciszka Rakowska ermordet zu haben. Am 25. April d. Js. kehrte die Rakowska von einem Jahrmarkte nach Hause zurück. In der Nähe eines Waldes holte sie Grzegorzewski ein und tötete sie. Nach vollbrachter Tat lieferte er sich selbst der Polizei aus. Vor Gericht erklärte er, daß die Rakowska ihn mit ihrer Liebe verfolgt habe, daß er von ihr niemals in Ruhe gelassen wurde. Das Gericht verurteilte Grzegorzewski zu 10 Jahren Kerker.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

An den „Menschenfreund" und den „Volksfreund".

(Vgl. Pos. Tagebl. Nr. 250 und Nr. 253).

Wir wollen die kostbaren Spalten des „Posener Tageblattes" nicht unnötig in Anspruch nehmen, da wir den Leserkreis dieser Zeitung so hoch einschätzen, daß die meisten durch eigenes Nachdenken, auch ohne unsere Hilfe, die von den beiden Autoren angeregten Fragen werden beantworten können. Dem „Volksfreund" aber möchten wir doch erwidern, daß wir, ebenso wie er, das Unrecht, das den Pfandbrief- und Hypothekengläubigern zugefügt wird, bedauern, und daß es uns ein Vergnügen machen würde, ihnen die Zinsen in der Valuta von 1914 zu zahlen, wenn auch uns die Mieten, ohne jede Erhöhung, in derselben Valuta gezahlt würden. Wir bitten diese Bedauernswerten, sich nur an die richtige Adresse zu wenden. Wenn aber der „Volksfreund" glaubt, daß bei einer Erhöhung der Mieten um das 30—40fache, bei gleicher Erhöhung der Hypothekenzinsen, von dem Rest der gezahlten Miete soviel übrig bleibt, daß damit die um das 2000—3000fache gesteigerten Ausgaben für die laufenden und seit Jahren aufgeschobenen Reparaturen, für die ebenso gesteigerte Versicherungsprämie und sonstigen Ausgaben (Verzinsung des eigenen Kapitals × 40) bestritten werden könnten, so befindet er sich doch sehr im Irrtum. Auch der bekannte Zahn der Zeit nagt die gewohnten Bissen weiter und läßt sich durch kein Gesetz die Portionen vorschreiben. Die Versicherungsgesellschaften richten sich aber bei der Auszahlung der Entschädigung nur nach dem Zahn der Zeit und ziehen uns die abgenagten Bissen von der Entschädigung ab.

Ein Haus, das einen Friedenswert von 100 000 M. hatte und 7000 M. Miete brachte, erfordert, nach den behördlich anerkannten Sätzen der Friedenszeit, in polnische Mark umgerechnet, 2 100 000 M. jährliche Reparaturkosten und 3 Millionen jährliche Abschreibungen, die wir unseren Grundstücken schuldig bleiben müssen. Die 40fache Mietserhöhung beträgt aber nur 280 000 M.

Der Presseausschuß
des Zentral-Hausbesitzer-Vereins.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

K. 1 und 2. Derartige Verhandlungen sind nicht im Gange, auch in Zukunft wohl kaum zu erwarten. 3. Auch davon kann keine Rede sein. 4. Eine Rückgängigmachung der Option ist ganz ausgeschlossen.

F. B. 100. Die Aufhebung des Wertzuwachssteuergesetzes ist mit ihrer Veröffentlichung im „Dziennik Ustaw" vom 20. Oktober d. Js. ab in Kraft getreten.

Spenden für die Altershilfe.

Direktor Hasenbein, Zbąszyń	11 330.—	M.
Ungenannt	800.—	„
Ziegler	5 000.—	„
Menze, Ochla p. Kobylin	5 000.—	„
Besitzersfrau aus Zerkwitz	5 000.—	„
	27 130.—	M.
Vortrag aus Nr. 254	1 105 106.—	„
zusammen	1 132 236.—	M.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bezw. überweisen, dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden nimmt gern entgegen und erbittet
die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für den politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Sonntag, 12. November 1922. **Posener Tageblatt.** Zweite Beilage zu Nr. 257.

Von der Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

I.

In immer weiteren Kreisen der städtischen Bevölkerung zeigt sich jetzt immer mehr Verständnis und Anteilnahme an dem Wohl und Wehe der Landwirtschaft. Damit kommt von selbst das Bedürfnis, etwas von den Vorgängen in der Landwirtschaft selbst kennen und verstehen zu lernen. Besonders seit den letzten Jahren des Weltkrieges begegnete man immer häufiger Fragen, die dies bewiesen, und das war auch durchaus zu verstehen. Denn bei der großen Knappheit an Lebensmitteln stellt sich so mancher häufig die Frage: Wie wird die nächste Ernte ausfallen, daß die Mengen, die an Brot, Mehl, Butter, Zucker usw. auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, vergrößert werden können? Wird es möglich sein, mehr Fleisch, Geflügel, Hülsenfrüchte zu erhalten? Viele Landwirte werden dementsprechende Fragen oft vernommen haben.

Es scheint, daß die größere Anteilnahme an den Geschehnissen in der Landwirtschaft auch weiterhin bestehen geblieben ist, der Wunsch, sich in das Wesen der Landwirtschaft hineinzudenken. Und das kann wohl als eine erfreuliche Tatsache gebucht werden, in dem Sinne, daß man daraus die Hoffnung schöpfen kann, die leider immer noch bestehenden Gegensätze zwischen Stadt und Land würden sich mehr und mehr ausgleichen und verwischen lassen.

Wer ein wenig in den Landwirtschaftsbetrieb hineingeschaut hat und etwas über das Gesehene nachgedacht hat, für den werden sich immer neue Fragen über die Vorgänge ergeben. Wozu wird diese Arbeit gemacht? Warum geschieht jetzt dies, warum wird hier diese Frucht gebaut, dort gerade jene? Warum kommen plötzlich keine Kartoffeln auf den Markt? Solche und ähnliche Fragen werden gestellt.

Ja, die Kartoffel! — Sie ist für unsere Gegend schließlich die wichtigste Frucht, oft die Rettung des Landwirts, oft aber sein Schmerzenskind, über sie könnte man Bände schreiben. Was geschieht mit den Kartoffeln? Daß sie eines der wichtigsten Nahrungsmittel für den Menschen bilden, besonders für die ärmere Bevölkerung, daß die Schweine und anderes Vieh damit gefüttert werden, weiß wohl jeder. Was aber mit der Hauptmasse der geernteten Kartoffeln geschieht, besonders bei einer guten Ernte, wie wir sie in diesem Jahre zu verzeichnen haben, — darüber werden doch die wenigsten Städter nachgedacht haben, und sogar viele Landwirte werden es noch nicht getan haben.

Nun, der weitaus größte Teil der Kartoffelernte wandert in die Fabriken, um dort zu den verschiedenartigsten Erzeugnissen verarbeitet zu werden. Auf größeren Gütern sind vielfach solche Fabrikanlagen vorhanden, um die eigene Kartoffelernte möglichst vorteilhaft selbst verarbeiten zu können, z. B. Spiritusbrennereien, Stärkefabriken und Kartoffeltrocknungsanlagen.

Solche Fabriken auf Gütern nennt man „landwirtschaftliche Nebengewerbe" im Gegensatz zu den rein industriellen Betrieben. Von den landwirtschaftlichen Nebengewerben soll hier in der Hauptsache die Rede sein, übrigens können solche auch als Genossenschaften bestehen.

Als wichtigster Zweig sei zunächst die Spiritusbrennerei besprochen, der weitaus größte Teil Spiritus wird in landwirtschaftlichen Brennereien erzeugt. Spiritus ist Alkohol (Weingeist) mit mehr oder weniger Wassergehalt, hergestellt aus der in Kartoffeln (auch Getreide, Mais) enthaltenen Stärke. Für uns kommt nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und Preisverhältnissen fast nur die Kartoffel dafür in Betracht.

Die Herstellung des Spiritus erfolgt etwa in folgender Weise: Die gewaschenen Kartoffeln werden in einem Henze-Dämpfer (so genannt nach einem schlesischen Gutsbesitzer Henze) unter starkem Dampfdruck gedämpft. Die entstehende Kartoffelmasse wird dann mittels Dampfdruck durch ein Rohr in den Vormaischbottich geblasen, wobei sie den scharfkantigen Kegel des Ausblaseventils passieren muß. Durch dieses Verfahren wird die Verkleisterung der Stärkekörner bewirkt; es entsteht eine zähe braune Masse. In diesem Zustande ist es möglich, die Stärke in Zucker umzuwandeln, dies geschieht nach kräftigem Umrühren und Abkühlen bis auf etwa 45° durch Zusatz von Malz. In diesem ist ein besonderer Stoff, Diastase genannt, enthalten, welcher die Eigenschaft besitzt, die Umsetzung der Stärke in Zucker zu veranlassen. Das Malz wird aus Getreide, fast immer aus Gerste oder Gerste mit Hafer, indem man es in geeigneter Weise zum Keimen bringt und es dann auf einer Malzquetsche quetscht. Aus dem entstehenden Zucker kann durch Gärung — wobei er sich in Alkohol und Kohlensäure spaltet — der Spiritus gewonnen werden. Um die Gärung herbeizuführen, wird der verzuckerten Maische nach weiterer Abkühlung Hefe zugesetzt, die in der Brennerei bereitet wurde. In etwa drei Tagen ist die Gärung vollendet und der Alkohol kann durch Destillation von der Maische getrennt werden, wobei der Alkohol aber immer noch mit Wasser gemischt bleibt. Der in den Brennereien hergestellte Spiritus enthält etwa 85 Prozent reinen Alkohol. Zu Trinkzwecken wird der Spiritus in den Spritfabriken weiter verarbeitet, in der Hauptsache durch weitere Destillation von dem Fuselöl befreit.

Die Kartoffelrückstände werden Schlempe genannt. Die Schlempe bildet ein wertvolles Viehfutter und wird von dem Vieh, gewöhnlich warm mit Häcksel vermischt gegeben, sehr gern genommen.

Handelsnachrichten aus Polen.

= **Polens Papiergeldumlauf.** „Dziennik Poznański" gibt einen Überblick über die Papiergeldemission unter den einzelnen Finanzministern und weist darauf hin, daß die Emission in den letzten Monaten nach der vom Landeschef willkürlich hervorgerufenen Kabinettskrise ihren Höhepunkt erreicht habe. Nach dem Tempo des letzten Monats zu urteilen, kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß der Papiergeldumlauf am ersten November mindestens den Betrag von 550 Milliarden Mark erreicht haben wird. Die Inflation ist also im Laufe eines nicht vollen Jahres um ca. 275 Milliarden gestiegen, oder mit anderen Worten unser Papiergeldumlauf hat sich verdoppelt. Ebenso trostlos sieht das Defizit unserer Staatsfinanzen aus. Das Präliminarbudget des Finanzministers Michalski sah ein Defizit von 130,6 Milliarden vor; laut den Erklärungen seines Nachfolgers Jastrzębski war dieses Defizit bis zum 21. September bereits auf 550 Milliarden angewachsen und es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß unsere Staatsfinanzen bei der gegenwärtigen Lage mit einem Defizit von 750 Milliarden Mark abschließen werden.

= **Kapitalerhöhungen in Polen.** Folgende Firmen erhöhten ihr Aktienkapital: Ziemianin, Zamość, um 29 750 000 M. — Baumwollindustriewerke von Julius Kindermann, Warschau, um 25 Millionen Mark. — Gesellschaft für Seifenfabrikation, Powązki, um 15 Millionen Mark. — Landesmeliorationsgesellschaft, Warschau, um 12 Millionen Mark. — Mechanische Schuhfabrik But, Radom, um 50 Millionen Mark, (Sitz Warschau). — Landwirtschaftliches Syndikat Ciechanow, Ciechanow, um 8 Millionen Mark. — Gartenindustriewerke Marhnin, Warschau, um 6 Millionen Mark. — Lebensmittel- und Rohstoffhandels-Akt.-Ges. Lambert u. Krysiak, Warschau, um 50 Millionen Mark. — Westgesellschaft für Handel und Industrie, Warschau, um 60 Millionen Mark. — Lubliner landwirtschaftliches Syndikat, Lemberg, um 240 Millionen Mark.

= **Der polnische Tabakmarkt.** „Journal de Pologne" beschäftigt sich in einem Artikel mit der Lage der polnischen Tabakindustrie und stellt fest, daß in Posen nahezu alle Fabriken sehr intensiv arbeiten. Die Transaktion zwischen Fertigprodukten und Rohstoffen würde dank dem geschlossenen Abkommen durch die Handelskammer vollzogen. Das Blatt glaubt feststellen zu können, daß die Tabakindustrie in Posen nach Einführung der Regie an Absatzgebieten gewonnen hat. (?) Kongreßpolen, Kleinpolen und Oberschlesien sei dazu gekommen, wo die Tabakfabrikation nicht so stark wäre. Am besten seien die Hauptstädte mit Tabakfabrikaten versorgt, dagegen käme in die Provinz nur die mindere Qualität, was sich besonders nach der Preissteigerung herausgestellt habe. Doch jetzt würden auch die Tabakfabriken in Warschau, Lodz und Radom eröffnet. Eine besondere Kistenfabrik zur Verpackung wird in Kalisch erbaut.

= **Neue Aktiengesellschaften in Polen.** In letzter Zeit wurden in Polen folgende Aktiengesellschaften gegründet: Gerberei Raabe in Warschau, Anlagekapital 50 Millionen in 10 000 Aktien zu 5000 M. — Allgemeine Lagerhäuser in Lemberg, Kapital 100 Millionen in 100 000 Aktien zu 1000 M. Gründer die Stadt Lemberg, die polnische Landesbank, die polnische Industriebank, die Hypothekenaktienbank, Landeskreditbank und andere. — Chemische Werke Wendisch Nachf. in Thorn, 40 Millionen Kapital in 40 000 Aktien zu 1000 M. Gründer Landau, Cohn u. Co. — Handelsagenturgesellschaft in Warschau, Kapital 20 Millionen in 20 000 Aktien zu 1000 M. Nominalwerte. — Polnisch-französische Gesellschaft der Zufuhrbahnen für Naphthaindustrie in Warschau, Anlagekapital 500 Millionen in 500 000 Aktien zu 1000 M. Gründer Polska Naphtha Akt.-Ges. in Warschau. — Compagnie Générale française pour les commerces et l'industrie Paris, Kommerzbank in Warschau, Polnische Industriebank und Landeskreditbank. — Handels- und Industriegesellschaft Pacifique in Warschau, Anlagekapital 50 Millionen Mark in 50 000 Aktien zu 1000 M. — Dampfmühlen- und Industriewerke Josef Thom u. Sohn in Lemberg, Kapital 150 Millionen Mark in 150 000 Aktien zu 1000 M. Gründer Max Josef Teodor Anton Thom. — Großtextilwerke Ziempel in Lodz, Anlagekapital 30 Millionen in 30 000 Aktien zu 1000 M. — Mikuliczyn Holzindustriewerke in Lemberg, Kapital 150 Millionen in 150 000 Aktien zu 1000 M. Gründer Hypotheken-Aktienbank in Lemberg, Diskontobank in Warschau und andere. — Fabrik für Mineralöle und Fette „Dieseloil" in Warschau, Kapital 50 Millionen in 50 000 Aktien zu 1000 M. — Chemische Werke Kantoria von Mandelbaum in Oppartow, Kapital 15 Millionen in 15 000 Aktien zu 1000 M. — Textilindustriewerke Tkacz (Weber) in Polnisch-Kaminica (Starostei Czenstochau), Kapital 150 Millionen in 15 000 Aktien zu 10 000 M. — Korkenindustrie A.-G. „Wicander u. Cie." in Warschau, Kapital 12 Millionen in 1200 Aktien zu 10 000 M. — Export- und Transportgeschäft „Alliance in Warschau", Kapital 60 Millionen in 60 000 Aktien zu 10 000 M. — Kujawische Gesellschaft für Handel mit Konfektions- und Wäschewaren in Wloclawek, Kapital 10 Millionen, in 10 000 Aktien zu 1000 M. — Wollindustrie Michael Cohn u. Natki in Lodz, Kapital 30 Millionen in 30 000 Aktien zu 1000 M.

= **Die polnische Währung im Postverkehr Schlesiens.** Das Inspektorat für Post und Telegraphen in Kattowitz hat eine Verordnung des polnischen Ministers für Post und Telegraphen vom 16. September 1922 betreffend die Einführung der polnischen neben der deutschen Währung in Polnisch-Oberschlesien veröffentlicht. Infolge Zulassung der polnischen Mark als Zahlungsmittel neben der deutschen Mark in Polnisch-Oberschlesien wird folgendes verfügt: 1. Die gegenwärtig in Polnisch-Oberschlesien geltenden Post-, Telegraphen- und Telephontarife, die auf deutsche Mark lauten, bleiben weiter in Kraft; jedoch können alle Einzahlungen in den Post- und Telegraphenämtern sowohl in polnischer Mark als auch in deutscher Mark erfolgen. Die entsprechende Summe in polnischer Mark erhält man, indem man die Summe der deutschen Mark mit dem Kurs, den das Inspektorat für Post und Telegraphen in Kattowitz im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß der Wojewodschaft in ganzen Zahlen für zehn Tage im voraus festsetzt, multipliziert. 2. Der Wert der in Polnisch-Oberschlesien aufgegebenen Wertbriefe und Pakete, die nach einer Ortschaft in Polnisch-Oberschlesien oder nach anderen Gebieten der Republik Polen adressiert sind, kann sowohl in deutscher als auch in polnischer Währung angegeben werden, der Wert der Auslandssendungen dagegen nur in deutscher Währung. 3. Es werden Postanweisungen in polnischer Währung zwischen Polnisch-Oberschlesien und dem übrigen Polen in den Verkehr gebracht, wobei der Betrag einer in Polnisch-Oberschlesien aufgegebenen Postanweisung 10 000 polnische Mark nicht überschreiten darf. 4. Im Innenverkehr in Polnisch-Oberschlesien aufgegebene Postanweisungen können auf polnische oder deutsche Währung lauten; nach dem übrigen Polen dürfen sie dagegen nur in polnischer, nach Deutschland nur in deutscher Währung aufgegeben werden. Diese Verordnung ist mit dem 21. September 1922 in Kraft getreten.

Handelsnachrichten aus dem Ausland.

= **Leipziger Mustermesse 1923.** Im Jahre 1923 findet die Leipziger Frühjahrsmesse (Allgemeine Mustermesse mit Technischer Messe und Baumesse) vom 4. bis 10. März, die Herbstmesse vom 26. August bis 1. September statt.

= **Außenhandel des Memelgebiets 1921 und 1922.** Die jetzt vorliegende Statistik über den Außenhandel des Memelgebiets für das erste Halbjahr 1922 ergibt dem Wert nach für diese Zeit einen größeren Umsatz als für das ganze Jahr 1921; der Menge nach ist ebenfalls eine kleine Steigerung gegenüber dem Vorjahre eingetreten. Für die Einfuhr erhält man folgendes Bild:

	1921		1. Halbjahr 1922	
	Menge dz = 100 kg	Wert M.	Menge dz = 100 kg	Wert M.
I. Lebende Tiere (Rinder, Schweine Ziegen u. Schafe) Stück	182	233 345	80	380 856
Pferde . . Stück	2 174	13 714 191	806	12 056 100
and. Tiere Stück	62	119 751	2	6 870
II. Lebensmittel und Getränke . . dz	200 312	158 018 718	76 872	18 167 233
III. Rohstoffe . . dz	1 962 644	123 059 571	1 569 495	202 690 522
IV. Halbfertige u. fertige Waren dz	369 966	277 189 404	143 739	317 598 257
zusammen	2 532 984	572 334 980	1 790 107	664 404 838
außerdem Stück	2 356		886	

Es war hiernach die Einfuhr von Rohstoffen verhältnismäßig sehr umfangreich, die Einfuhr von Fertigwaren und Lebensmitteln dagegen geringer als im Vorjahre. Für die Ausfuhr werden folgende Zahlen angegeben:

	Menge dz = 100 kg	Wert M.	Menge dz = 100 kg	Wert M.
Gruppe I	60 894	88 346 161	34 298	96 508 508
Gruppe II	285 270	78 027 623	89 415	77 623 706
Gruppe III	1 379 411	162 430 363	722 916	169 682 655
Gruppe IV	328 251	176 587 239	210 723	176 296 037
zusammen	1 994 987	505 391 386	1 023 056	526 110 901
außerdem Stück	60 839		34 297	

Man erkennt hier einen Rückgang der Ausfuhr an Lebensmitteln, wogegen die Ausfuhr von Rohstoffen sich auf der alten Höhe hielt und die Ausfuhr von Fertigwaren zugenommen hat.

= **Winterverkehr nach St. Petersburg.** Die russische Regierung beschäftigt sich seit meherehren Jahren damit, den Seeverkehr nach St. Petersburg möglichst lange aufrecht zu erhalten. Man hat im vorigen Winter mehrere Eisbrecher zur Verfügung bekommen, die während des Krieges gebaut sind. Mit Hilfe der außerordentlich starken Eisbrecher hofft man diesen ganzen Winter hindurch den Verkehr durchführen zu können. Es stehen jetzt zehn Eisbrecher verschiedener Größe zur Verfügung. Man hat in Petersburg für die Eisbrecher einen besonderen Kohlenvorrat von 3000—4000 Tonnen angelegt. Die Eisbrecher sollen ständig eine Rinne nach See offen halten und die einkommenden und ausfahrenden Schiffe begleiten. Man hofft auf diese Weise monatlich 15 bis 20 Dampfer durchbringen zu können.

= **Keine Bildung neuer Transportgesellschaften in Rußland.** Das Außenhandelskommissariat bezeichnet die Bildung neuer Transportgesellschaften für den Verkehr mit dem Auslande als unerwünscht, da die bestehenden drei Organisationen: die freiwillige Flotte, die „Derutra" (Deutsch-russische Transportgesellschaft) und die „Gosbalt" (Staatlich-baltische Transportgesellschaft) genügen. Die Charterungsaufgaben wurden unter die drei Organisationen wie folgt verteilt: die freiwillige Flotte übernimmt Lade- und Löscharbeiten in allen Häfen der Sowjet-Föderation, die Derutra chartert Dampfer für Waren der Warrantoperationen, die Gosbalt chartert Schiffe nur im Rahmen der bereits abgeschlossenen Verträge.

= **Die Superphosphatindustrie in der Ukraine.** Vor dem Kriege war die Superphosphatindustrie in der Ukraine in drei Werken konzentriert und betrug jährlich 1,6 Millionen Pud. Während des Krieges litten diese Betriebe sehr, und es blieb nur das Werk von Winnitza intakt, das nach dreijähriger Betriebseinstellung dem Zuckertrust in Verwaltung gegeben wurde. Nach erfolgter Reparatur wurde das Werk im November vorigen Jahres in Betrieb gesetzt und arbeitete ununterbrochen bis zum Juli 1922, in welchem Monate wichtige Maschinen defekt wurden. Gegenwärtig wird eine gründliche Reparatur des ganzen Werkes vorgenommen, und in der nächsten Zeit soll es wieder in Betrieb gesetzt werden. Während der abgelaufenen Betriebszeit erzeugte das Werk 217 000 Pud Superphosphat, 186 000 Pud Schwefel- und 2200 Pud Salpetersäure. Das Superphosphat wurde zur Düngung der Rübenpflanzungen verwendet. Die Produktion des Werkes kann auf 3100 Pud Superphosphat täglich gesteigert werden. Es werden Anstrengungen gemacht, die Produktion der Schwefelsäure auf täglich 1400 Pud zu bringen, wodurch die Produktion an Superphosphat eine wesentliche Erhöhung erfahren könnte. Bis zum 1. September 1923 soll das Werk 700 000 Pud Superphosphate erzeugen. Das Werk hat die Befugnis erhalten, die Phosphatgruben in Podolien auszubeuten, die seit 1917 vernachlässigt waren und gegenwärtig wieder instandgesetzt werden.

= **Von der ukrainischen Zuckerindustrie.** Im Dezember dieses Jahres wird die große Zuckerraffinadefabrik in Hniwan, die größte in der ganzen Sowjetföderation, wieder in Betrieb gesetzt werden. Die Fabrik soll in der nächsten Kampagne über 1 Million Pud Raffinadezucker erzeugen.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	8. November	10. November
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	155 + N	—.—
Kwilecki, Potocki i Ska.	600 + A	650—675 + N
Bank Przemysłowców	365—385 + N	450—440 + N
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	340—450 + N	500—625 + N
Polski Bank Handlowy, Poznań .	525 + A	525 + N
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em. .	290—310 + N	350-400-375+N
Wielkopolski Bank Rolniczy . . .	—.—	180 + N
Arcona (exkl. Zukaufsrecht) . . .	800—900 +	1000 + N
Bydgoska Fabryka Mydeł	220 +	220 + A
R. Barcikowski	320—330 + N	400—375 + N
Browar Krotoszyński	4000 +	4000 + A
Brzeski Auto I.—II. Em. (exkl. Kup.)	—.—	350 + A
H. Cegielski I.—VIII. Em.	1500—1600 + N	2000—2150—2100+N
Centrala Rolników I.—V. Em. . .	240—250 + A	270-280-265+N
Centrala Skór (exkl. Kup.)	800 + A	800-830-800+A
Dębienko	—.—	400 + N
C. Hartwig	375—400 + A	500-450-475+A
Hartwig Kantorowicz (ex. Zukaufsr.)	1300 + N	1450 + A
Homosan I.—III. Em.	350 + N	400 + N
Hurtownia Drogeryjna	160 + N	175—170 + N
Hurtownia Związkowa	170 + A	170 +
Hurtownia Skór I.—II. Em. . . .	400 + A	425 + A
" " III. Em.	350—360 + N	—.—
Herzfeld-Viktorius	900—950 + N	1100—1200—1000—1050+N
Juno (exkl. Kup.)	650 + N	700 + N
Lubań, Fbr. przetw. ziemn. (exkl. Kup.)	—.—	7000 + N
Dr. Roman May	3000—3200+A	3200—3400—3300+A
Młyny i Tartaki Wągrowieckie . .	500 + N	620—675 + N
Młyn Ziemiański	700 + N	800—950 +
Orient	330-380-375+N	400—325 + A
Płótno	550—610 + N	725 + N
Papiernia, Bydgoszcz	450 + N	500 + N
Patria (exkl. Zukaufsrecht) . . .	—.—	850—900 + N
Pozn. Spółka Drzewna I.—V. Em.	1050—1200 +	1350—1400—1300+A
Bracia Stabrowscy Zapałki . . .	—.—	725 +
Spółka Stolarska (exkl. Zukaufsrecht)	—.—	1400 +
Sarmatia I.—II. Em.	600—650 +	670—720 + N
Słoma	400 +	500 +
Tri	290—280 + N	350-500-475+N
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	1300—1350 + N	1500—1350—1400+A
Waggon Ostrowo	400 + A	400-450-430+A
Wisła, Bydgoszcz	2500 +	—.—
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	320—360 + A	400—500 + N
Zjedn. Browary Grodziskie . . .	950 + N	1000 + A

Auszahlung Berlin 220—215. Umsatz: 15 670 000 deutsche Mark Dollars 15 800, Franks 1050.

A — Angebot, N — Nachfrage, + — Umsatz.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 11. November 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	49 000—51 000	Weizenkleie . . .	14 000
Roggen	27 500—28 500	Roggenkleie . . .	14 000
Braugerste . . .	30 500—31 500	Speisekartoffeln .	—.—
Hafer	26 000—27 000	Fabrikkartoffeln .	2 400
Weizenmehl 65 % (inkl. Säcke)	74 000—77 000	Getreidestroh, lose	7 500
		" gepr.	9 000
Roggenmehl 70 % (inkl. Säcke)	42 500—43 500	Heu, lose . . .	7 200
		" gepr. . . .	9 000

Marktsituation im allgemeinen unverändert. — Stimmung: ruhig.

Berliner Börsenbericht

vom 11. November.

Diskonto-Komm.-Anleihe	1950.—	Polnische Noten	42.50
Danziger Priv.-Aktienbank	—.—	Auszahlung Holland .	300 000.—
Hartmann Masch.-Aktien	2600.—	" London .	34 250.—
Phönix	10025.—	" Neuyork . .	7 675.—
Schuckert	5375.—	" Paris . . .	49 750.—
Hapag	2800.—	" Schweiz .	140 750.—
3½% Pos. Pfandbriefe .	60.—	Ungarische Goldrente . .	13 500.—
Auszahlung Warschau .	42.50		

= **Danziger Börse vom 11. November. Mittagskurse:** Polnische Mark 48½, Dollar 8000.